Deutscher Bundestag **Drucksache 19/15003**

19. Wahlperiode 11.11.2019

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

63. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 6. bis 9. Oktober 2017 in Bukarest, Rumänien

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Mitglieder der deutschen Delegation 2
2. Ablauf der Tagung 2
3. Politischer Ausschuss (PC) 2
4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC) 5
5. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS) 9
6. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC) 12
7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC) 16
8. Plenarsitzung 18
Abkürzungsverzeichnis 22
Anlage Entschließungen 436 bis 44 23

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1. Mitglieder der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag

Abgeordneter Professor h. c. Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordneter Rainer Arnold (SPD),
Abgeordnete Karin Evers-Meyer (SPD),
Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD),
Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU).

Bundesrat

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation.

2. Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 7. Oktober 2017, und am Sonntag, 8. Oktober 2017, statt. Das Plenum tagte am Montag, 9. Oktober 2017.

Schwerpunkt der Debatten

In den Ausschüssen sowie im Plenum waren Schwerpunkte der Debatten die gerechte Lastenteilung innerhalb des Bündnisses, die Umsetzung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO, die Beziehungen zur Russischen Föderation sowie die Förderung von Stabilität im Schwarzmeerraum und an der südlichen Bündnisgrenze.

3. Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag und Sonntag, 7. und 8. Oktober 2017, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland).

I. Ansprache des rumänischen Außenministers Teodor-Viorel Melescanu zum Thema „Die NATO im gegenwärtigen internationalen Kontext und ihre Rolle bei der Sicherstellung von Stabilität und Sicherheit in Südosteuropa“

Außenminister **Teodor-Viorel Melescanu** ging zunächst auf das aktuelle Sicherheitsumfeld ein, das vielschichtig durch hybride Bedrohungen und asymmetrische Kriegsführung gekennzeichnet sei. Aufgabe der NATO sei es, über die Bündnisgrenzen hinaus für Stabilität und Sicherheit zu sorgen. Die im Rahmen der *Enhanced Forward Presence* in Estland, Lettland, Litauen und Polen stationierten multinationalen NATO-Brigaden stünden für die Einheit und Solidarität innerhalb der NATO. Sein Land unterstütze die Bemühungen der NATO, an den östlichen Grenzen des Bündnisses, in den Balkanstaaten und am Schwarzen Meer Stabilität und Sicherheit zu errichten. Rumänien habe hierzu Truppen nach Polen und an das Schwarze Meer entsandt. Im Hinblick auf das 2014 beim NATO-Gipfel in Wales vereinbarte Zwei-Prozent-Ziel habe Rumänien 2017 den Verteidigungshaushalt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöht. Er forderte den Aufbau neuer NATO-Partnerschaftsprogramme und bekräftigte die NATO-Politik der „Offenen Tür“. Die Aufnahme Montenegros als 29. NATO-Mitglied zeige, wie erfolgreich diese Politik sei. Die Westbalkanstaaten sähen sich großen Herausforderungen gegenüber und benötigten Unterstützung. Er sprach sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen der NATO und den Westbalkanstaaten aus und forderte eine verbesserte Abstimmung mit der Europäischen Union (EU) innerhalb des NATO-Rahmens.

Abgeordneter **Michael Gapes** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach den Auswirkungen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim auf die Situation in der Schwarzmeerregion sowie den maritimen Aspekten der rumänischen Sicherheitspolitik. Außenminister **Melescanu** legte dar, dass die Annexion der Krim und die verstärkte militärische russische Präsenz die Balance in der Region verändert habe. Er erklärte, die dadurch gegebene Lage erfordere eine stärkere rumänische und bulgarische Militärpräsenz. Zudem sprach er sich für ein

stärkeres Engagement der NATO in dieser Region aus. Gefragt nach dem Unabhängigkeitsreferendum in Katalonien hob der Außenminister die Bedeutung der Einhaltung der territorialen Integrität hervor. Rumänien habe auch in der Frage der Unabhängigkeit des Kosovo auf die Bewahrung der territorialen Integrität bestanden und werde auch zukünftig auf die Einhaltung völkerrechtlicher Vorgaben achten. Abgeordnete **Sonia Krimi** (Frankreich) erkundigte sich nach der Zukunft des NATO-Russland-Rates. Außenminister **Melescanu** ging auf den zweigleisigen NATO-Ansatz des Dialogs aus einer Position der Stärke ein und forderte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf, vertrauensbildende Maßnahmen zu beschließen. Auf die Frage des Abgeordneten **Philippe Folliot** (Frankreich) nach einer Einschätzung der Lage und Stabilität von Bosnien und Herzegowina erklärte der Außenminister, die Lage in den westlichen Balkanstaaten sei stabiler geworden. Der zwischen Serbien und Kosovo geführte politische Dialog trage zur Stabilität bei. Er sprach sich für die Schaffung einer eindeutigen Perspektive eines zukünftigen EU-Beitritts für diese beiden Länder aus. Langfristig könne Stabilität nur erreicht werden, wenn der Westbalkan Teil der europäischen Familie werden könne.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Russland: vom Partner zum Rivalen“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Abgeordnete Rasa Jukneviciene (Litauen)

Generalberichterstatterin Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen) führte aus, Russland sei entschlossen, die nach Beendigung des Kalten Krieges geschaffene Ordnung zu verändern. Die Beziehungen der NATO zu Russland seien auf einem Tiefpunkt angelangt. Die Versuche der NATO, eine echte Beziehung zu Russland aufzubauen, seien durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim gescheitert. Russland verstärke seine militärischen Aktivitäten an der östlichen NATO-Grenze und bedrohe die NATO-Mitgliedsländer durch unangekündigte Manöver. Sie ging auf das im September 2017 durchgeführte russisch-weißrussische Militärmanöver „Zapad 2017“ ein und erklärte, die Zahl der am Manöver beteiligten Soldaten sei die größte seit dem Ende des Kalten Krieges gewesen. Das Manöver habe nicht der Verteidigung gedient, sondern sei eine Übung für einen Angriff gewesen. Der russische Staatspräsident Putin lege große Priorität auf die Modernisierung des Militärs. Sie erklärte, die russische Militärbasis auf der Krim diene nicht dem Schutz der Bevölkerung, sondern einem strategischen, geopolitischen Ziel. Präsident Putin setze auf eine Mischung aus militärischer und „weicher“ Gewalt und verwende unterschiedliche Formen der Einschüchterung. Die russische Einflussnahme auf die amerikanischen Präsidentschaftswahlen mache deutlich, dass Russland das Ziel verfolge, die westlichen demokratischen Strukturen zu untergraben. Die Einmischung in interne nationale Vorgänge durch einen fremden Staat sei nicht hinnehmbar. Sie forderte ferner eine Befassung der NATO mit der Modernisierung der russischen Atomwaffen, verwies auf die Bedeutung der Politik der „Offenen Tür“ und forderte die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine und Georgiens durch die NATO.

In der Aussprache erklärte Abgeordneter **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland), in Lettland seien während des russisch-weißrussischen Militärmanövers „Zapad“ für mehrere Stunden jegliche Kommunikationsverbindungen einschließlich der landesweit geltenden Notfallnummern unterbrochen gewesen. Abgeordnete **Liv Navarsete** (Norwegen) führte aus, die während des dieses Militärmanövers aufgetretenen Vorgänge seien besorgniserregend. So habe in Norwegen das Globale Positionsbestimmungssystem (GPS) für Flugsignale für die Dauer von 14 Tagen nur eingeschränkt funktioniert. Die Abgeordneten berieten auch über die Möglichkeiten für eine Vorgehensweise im Umgang mit Journalisten, die in ihren eigenen Ländern von Russland bezahlt würden. Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen) legte dar, dass Russland den Einsatz von Propaganda nicht bestreite. Sie zitierte den russischen Verteidigungsminister, der gesagt habe, Worte, Kameras, Fotos und das Internet seien „eine andere Art bewaffneter Streitkräfte“.

III. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Lastenteilung auf dem Prüfstand“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Abgeordneter Ojars Eriks Kalnins (Lettland)

Sonderberichterstatter Abgeordneter **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland) führt aus, dass seit ihrer Gründung als Verteidigungsbündnis die NATO auch ein transatlantisches Forum für den politischen Dialog sei. Die NATO diene den Mitgliedern dazu, gemeinsame politische Standpunkte festzulegen, diplomatische und militärische Strategien auszuarbeiten sowie militärische Maßnahmen zu ergreifen. Ein zentraler Diskussionsgegenstand sei von Anfang an die Frage gewesen, welche Ressourcen und Fähigkeiten zur Gewährleistung der territorialen Integrität und Sicherheit der Verbündeten erforderlich seien. Dies gelte ebenso für die Frage, wer wofür finanziell aufkommen müsse. Obwohl die Verbündeten 2014 auf dem Gipfel in Wales eine Steigerung der Verteidigungsausgaben zugesagt und 2016 die Zusagen beim Gipfeltreffen in Warschau bekräftigt hätten, stehe das Thema Lastenteilung aktuell wieder ganz oben auf der Agenda. Der Berichterstatter führte aus, die Frage der

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

gerechten Lastenteilung sei von Beginn an ein Schlüsselproblem für die NATO gewesen. Im Kontext der aktuellen politischen Lage könne diese Frage die NATO weiter spalten.

Die anschließende Debatte wurde maßgeblich von den Mitgliedern der Vereinigten Staaten bestimmt, die betonten, dass die USA im Vergleich zu den NATO-Mitgliedstaaten weiterhin den größten Beitrag zum Verteidigungshaushalt leisteten. Sowohl die US-Regierung als auch viele Kongressabgeordnete seien der Auffassung, dass die Vereinigten Staaten einen unangemessen hohen Anteil an den NATO-Verteidigungsausgaben bestritten. Sie forderten, dass die Verbündeten sich ihrer Verantwortung stellen und ihren Anteil an den Verteidigungsausgaben erhöhen müssten.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ zum Thema „Die Bekämpfung der Herausforderungen aus dem Süden“, vorgelegt von Berichterstatter Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

Berichterstatter Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) erklärte, dass gewalttätige Konflikte und Instabilität, insbesondere in Syrien und im Irak, den Nahen Osten und Nordafrika (MENA-Region) destabilisierten. In Syrien sei nach sechs Jahren Krieg ein Ende des Bürgerkrieges nicht in Sicht. Der Irak werde durch konfessionell motivierte Gewalt, eine schwache Zentralregierung und die Auswirkungen des Konflikts in Syrien geprägt. Durch politische Unruhen und Kämpfe zwischen rivalisierenden Milizen sei in Nordafrika ein Einfallstor für die Terrorgruppe des sogenannten „Islamischen Staates“ und andere Terrororganisationen entstanden. Die von ihnen ausgehende Gewalt drohe sich in ganz Nordafrika und in den Ländern südlich der Sahara auszubreiten. Er erklärte, aus dieser Region sei ein Anstieg von Migrationsbewegungen zu verzeichnen, die zu humanitären Krisen, politischen Spannungen und Sicherheitsrisiken führten. Für die NATO-Mitgliedstaaten hätten die Instabilität und der Anstieg der Bedrohungen im Nahen Osten und in Nordafrika gravierende Folgen. Um Terrororganisationen zurückzudrängen und letztendlich zu besiegen seien militärische Anstrengungen erforderlich. Die NATO-Mitglieder und ihre Partner müssten diese Herausforderung gemeinsam entschlossen bekämpfen. Der Aufbau einer stabilen MENA-Region könne nur mithilfe umfassender internationaler Maßnahmen verwirklicht werden. Er forderte die internationale Gemeinschaft auf, eine Gesamtstrategie vorzulegen und zu einem diplomatischen Konsens zu führen. Er forderte weiter, dass die NATO-Mitgliedstaaten die Partner im Mittelmeerraum und in der Golfregion bei der Bewältigung der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen unterstützten, indem sie beispielsweise Ausbildungsmaßnahmen zur Verfügung stellten und geheimdienstliche Informationen teilten.

Die Delegierten sprachen sich in der anschließenden Diskussion für eine bessere Überwachung von Migrationsströmen und eine verbesserte Bekämpfung krimineller Schlepperbanden aus.

V. Entschließungsentwurf „Die Bekämpfung der Herausforderungen aus dem Süden“, vorgelegt von Berichterstatter Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

In der Aussprache zum Entschließungsentwurf diskutierten die Mitglieder über einen Änderungsantrag der türkischen Delegation, in dem die irakische territoriale Integrität und Souveränität bekräftigt und die Kurden im Norden Iraks zur Einhaltung der irakischen Verfassung aufgefordert werden sollte. Mehrheitlich überwog die Prognose, dass das kurdische Unabhängigkeitsreferendum abgelehnt werde, ein Signal an eine der beiden Seiten jedoch zur Verschlechterung der instabilen Lage beitragen könne. Die Versammlung solle sich daher jeglicher Aussage enthalten.

Die Mehrheit lehnte den türkischen Änderungsantrag ab. Die Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Die NATO und die Sicherheit in der Arktis“, vorgelegt von Berichterstatter Abgeordneter Gerald E. Connolly (Vereinigte Staaten)

Berichterstatter Abgeordneter **Gerald E. Connolly** (Vereinigte Staaten) führte aus, derzeit seien die Beziehungen zwischen den Arktis-Anrainerstaaten weitgehend von Kooperation gekennzeichnet. Ein Anstieg des Interesses an den arktischen Ressourcen sei aktuell nicht zu verzeichnen, Die Situation könne sich jedoch sehr schnell ändern. Er führte als Beispiel den Klimawandel an, der sich schneller vollziehe als in der Vergangenheit prognostiziert. Russlands aggressive Handlungen gegen die Ukraine und andere NATO-Partner könnten sich ebenso negativ auf die Stabilität und Sicherheit in der Arktis auswirken. Er problematisierte das zunehmende Interesse und die Präsenz von nicht Arktis-Anrainerstaaten, wie beispielsweise der Volksrepublik China. Der

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

2016 beim Gipfel von Warschau getroffene Beschluss der NATO-Mitgliedstaaten, ein umfassendes Lagebewusstsein im Nordatlantik zu erstellen, unterstreiche die Bedeutung, die der nördlichen Flanke der NATO beigemessen werde. Die Sicherung der Seeverbindungswege, insbesondere während einer Krise oder eines Konflikts, sei für die Sicherheit des Bündnisses von hoher Bedeutung. Russland baue im Nordatlantik neue militärische Infrastrukturen auf oder verbessere vorhandene. Diese Infrastruktur könne für *Search and Rescue*-Einsätze, Patrouillen und Militäroperationen genutzt werden. Die sicherheitspolitischen Entwicklungen im Nordatlantik hätten auch Auswirkungen auf die benachbarte arktische Region. Er forderte eine Vertiefung der bisherigen Überlegungen. Unter den Arktis-Anrainerstaaten hätten die NATO-Mitgliedstaaten unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Frage, welche Rolle die NATO zur Stabilisierung der Region einnehmen solle. Die sicherheits-, umwelt- und wirtschaftspolitischen Gegebenheiten in der Region erforderten, dass die NATO zumindest über die Kapazitäten und Ressourcen für die Überwachung und Beobachtung der Entwicklungen in der Arktis verfügen müsse.

VII. Vortrag von Professor Andreas Goldthau, Zentrum für internationale Politik, Royal Holloway Universität in London, zum Thema „Energie und Europäische Sicherheit – Schlüsselthema für die NATO“

Professor **Andreas Goldthau** legte in seinem Vortrag dar, dass Russland nicht mehr in der Lage sei, eine mit der im Jahr 2009 vergleichbare Energiekrise durch verringerte russische Gaslieferungen auszulösen. Der europäische Energiemarkt für Gas und Öl setze sich derzeit zu 36 Prozent aus russischen Importen zusammen. Russland könne durch eine Verknappung der Energielieferung die Märkte beunruhigen, jedoch nicht bedrohen. Die EU habe zudem erfolgreich in die Energieinfrastruktur investiert und die Zahl der Anbieter auf dem internationalen Gasmarkt habe sich vergrößert. Er kritisierte, dass fossile Energieträger von zu hohen Subventionen profitierten, während zukunftsträchtige, erneuerbare Energiequellen wie Sonne, Wind und Biomasse zu wenig gefördert würden. Im Gegensatz dazu setze China bereits auf die erneuerbaren Energieträger. Global gesehen könnten erneuerbare Energieträger die Kohle verdrängen und den ersten Platz in der Stromerzeugung einnehmen.

In der anschließenden Diskussion erkundigten sich Abgeordnete nach dem Vorgehen der Vereinigten Staaten und deren zukünftiger Ausrichtung auf dem Energiesektor. Professor **Goldthau** erklärte, die USA seien zum größten Öl- und Gasproduzenten aufgestiegen. Die in der jüngeren Vergangenheit entdeckten Schiefergas- und Ölvorkommen in Nordamerika würden den Weltenergiemarkt vollständig verändern. Er verwies auf Einschätzungen von Experten, die damit rechneten, dass die USA sich bereits 2035 energieautark mit Öl und Gas versorgen könnten. Vor dem Hintergrund veränderter Handelsströme steige bis 2035 die globale Energienachfrage um mehr als ein Drittel. Die Schwellenländer China, Indien und der Nahe Osten seien für 60 Prozent des Anstiegs bei der Nachfrage verantwortlich.

4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Samstag, 7. Oktober, und am Sonntag, 8. Oktober 2017, in Bukarest unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Raymond Knops** (Niederlande), um über die aktuelle Sicherheitslage in Rumänien, in der Schwarzmeerregion und in Afghanistan sowie über die Themen Raketenabwehr, die Zusammenarbeit zwischen NATO und EU und die Bündnisverteidigung im Weltraum zu beraten.

VIII. Podiumsdiskussion mit dem Verteidigungsminister Rumäniens, Mihai-Viorel Fifor, und dem Stabschef der rumänischen Armee General Nicolae-Ionel Ciuca zur Sicherheit in Rumänien und der Schwarzmeerregion

Einleitend unterstrich Verteidigungsminister **Mihai-Viorel Fifor** die Bedeutung internationaler Organisationen – insbesondere der NATO – für die Sicherheit seines Landes und den Schutz des dem Bündnis zugrundeliegenden Wertesystems. Der Minister beklagte, dass sich aufgrund der zunehmenden Militarisierung der Region durch Russland das Sicherheitsumfeld in der Schwarzmeerregion nicht verbessert habe. Die Situation sei unvorhersehbar, so dass Rumänien zu erhöhter Wachsamkeit gezwungen sei. Um die Verteidigung Rumäniens zu verbessern, plane das Verteidigungsministerium die Erhöhung nationaler Anstrengungen mit der Stärkung internationaler Verpflichtungen zu verknüpfen. Rumänien trage zur NATO zum einen durch das Engagement bei der unter ihrer Führung stehenden *Tailored Forward Presence* bei, die auf die Schwarzmeerregion zugeschnittene Sicherungsmaßnahmen enthalte, zum anderen durch Mitwirkung bei der *Enhanced Forward Presence*. Auf

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

die wachsenden Bedrohungen – Terror, Massenvernichtungswaffen, Cyberattacken – antworte Rumänien mit *Smart Defence* im NATO-Rahmen. Die NATO stehe für Einigkeit, Solidarität und die Wahrung der völkerrechtlichen Ziele, denen sich auch Rumänien verpflichtet fühle. Generalstabschef **Nicolae-Ionel Ciuca** schloss sich der Einschätzung seines Vorredners zur Lage in der Schwarzmeerregion an und bedauerte, dass sich die Region in den vergangenen 20 Jahren zu einem Konfliktherd über wirtschaftliche, politische und militärische Vorteile entwickelt habe. Die Krise im Nahen Osten verschärfe dies zusätzlich. Aufgrund der Bedeutung der Schwarzmeerregion für die Bündnissicherheit an der Ostflanke forderte Generalstabschef Nicolae-Ionel Ciuca die Mitglieder zu erhöhter Wachsamkeit auf. Er betonte Rumäniens Beitrag innerhalb der NATO zur Stärkung der Ostflanke und erklärte, dass Rumänien das Hauptquartier der *NATO Force Integration Units* beherberge und aktiv an den Übungen der NATO teilnehme. Rumänien treibe verstärkt die Modernisierung seiner Streitkräfte und deren Interoperabilität voran. So werde Rumänien in absehbarer Zeit auch das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreichen.

Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) erbat Auskunft darüber, ob Rumänien ähnlichen hybriden Angriffen und Cyberattacken durch Russland ausgesetzt gewesen sei wie andere Länder. General Nicolae-Ionel Ciuca entgegnete, wie alle anderen betroffenen Länder habe sich auch Rumänien dagegen zur Wehr gesetzt und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen. Abgeordneter **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) würdigte die Anstrengungen Rumäniens, das Zwei-Prozent-Ziel rasch erreichen zu wollen und fragte, womit die NATO ballistische Flugkörper besser abwehren könne. Darauf erwiderte Verteidigungsminister Mihai-Viorel Fifor, Rumänien werde sieben Patriot-Abwehrsysteme und ein F-16-Flugzeug (*General Dynamics F-16 Fighting Falcon*) beschaffen. Auf die Frage von **Lord Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich), wie es um die maritimen Fähigkeiten bestellt sei, erwiderte der Verteidigungsminister, dass diese eine sehr wichtige Abwehrkomponente der NATO bildeten. Rumänien arbeite hart an der Erneuerung seiner Flotte – dazu gehöre die Produktion von vier Korvetten durch ein Konsortium. Abgeordneter **João Rebelo** (Portugal) unterstrich die sehr guten rumänisch-portugiesischen Beziehungen und erkundigte sich, ob russische Schiffe oder Flugzeuge rumänische Hoheitsgewässer oder rumänischen Luftraum verletzt hätten. Er bat um Erläuterung des Umfangs der Verteidigungsausgaben. **Mihai-Viorel Fifor** bestätigte Luftraumverletzungen durch russische Flugzeuge, worauf Rumänien mit verstärkter Luftraumüberwachung reagiere. Von dem Verteidigungsbudget würde etwa ein Drittel für Beschaffungsmaßnahmen verwendet.

I. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Afghanistan“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Abgeordneter Wolfgang Hellmich (Deutschland)

Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland) unterstrich die Bedeutung von umfassenden regelmäßigen Aktualisierungen über die Situation in Afghanistan. Zur Stabilisierung des Landes leiste Rumänien einen erheblichen Beitrag. Die USA hätten derzeit weitere 4.000 Soldatinnen und Soldaten für Ausbildungsmissionen nach Afghanistan entsandt. Die Gewalt durch die Terrororganisation des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) sei immer noch massiv und es habe zahlreiche schwere Anschläge mit vielen zivilen Opfern gegeben. Darüber hinaus sei Korruption in der Armee ein großes Problem, das Präsident Ashraf Ghani verstärkt bekämpfen wolle. Aufgrund der fragilen Sicherheitslage komme die Wirtschaft nicht recht auf die Beine und ausländische Investoren blieben dem Land fern. Deshalb seien die Terrorbekämpfung und Verbesserung der Sicherheitslage ein vorrangiges Ziel, der Weg dahin jedoch sehr beschwerlich.

Mit dem Einverständnis des Sonderberichterstatters ergriff der als Gast eingeladene Abgeordnete **Mohammad Ezedyar** (Afghanistan) das Wort und bedankte sich für die internationale Unterstützung bei der Terrorbekämpfung in seinem Land. Es gebe keine Alternative zur Bekämpfung terroristischer Gruppen, denn solange sie weiter mordeten, seien kein Frieden, keine Sicherheit oder nachhaltige Entwicklung und kein Kulturleben möglich. Abschließend plädierte er für ein koordiniertes Vorgehen mit anderen Akteuren in der Region – namentlich der Türkei, Russland sowie anderen Ländern Zentralasiens. Der ebenfalls als Gast eingeladene Abgeordnete **Khalid Pashtoon** (Afghanistan) unterstrich die positiven Entwicklungen in seinem Land und erklärte, 2017 seien Terrorgruppen effizient bekämpft worden. In der Bevölkerung mache sich Optimismus breit. Die türkischen Delegierten regten Änderungen im Bericht an. Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) bat bei der Fortschreibung des Berichts um eine Fokussierung auf die Themen Korruption in der afghanischen Polizei und Verwaltung sowie diplomatische Beziehungen zu den Nachbarländern. Die Ausschussmitglieder verabschiedeten den Berichtsentwurf.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

II. Podiumsdiskussion zum Thema „Abwehr ballistischer Flugkörper und die NATO“, Vortrag von Dr. Thomas Karako, *Center for Strategic and International Studies*, sowie Diskussion des Generalberichtsentwurfes „Abwehr ballistischer Flugkörper und die NATO“, vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Joseph A. Day (Kanada)

Dr. Thomas Karako skizzierte zunächst die drei Schwerpunkte seiner Ausführungen: Fortsetzung der NATO-Verpflichtung zur Abwehr ballistischer Raketen, Erweiterung des Fokus auf integrierte Luft- und Raketenabwehr sowie das Problem russischer Raketen. Er berichtete von der „Renaissance“ der Raketensysteme. Die Produktion der in der Zwischenzeit technisch weiter ausgereiften Systeme steige an. Nordkorea habe in diesem Jahr Interkontinentalraketen getestet und wahrscheinlich werde die USA ihre Abwehr darauf ausrichten. Neben der Raketenbedrohung durch den Iran beunruhige ihn die zunehmende Aggression Russlands an der Bündnisostflanke. Er schlug vor, der Desinformationskampagne Russlands entgegenzuwirken, indem Sinn und Zweck der Abwehr ballistischer Flugkörper durch die NATO fortlaufend erläutert werde. Abschließend sprach er sich dafür aus, dass die NATO die Luft- und Raketenabwehr besser integrieren solle, um so gezielt auf Raketenbedrohungen unterschiedlichster Art reagieren zu können.

Generalberichterstatter Senator **Joseph A. Day** (Kanada) fasste seinen Generalbericht „Abwehr ballistischer Flugkörper und die NATO“ zusammen und warnte vor der Bedrohung durch Nordkorea, dessen Fähigkeiten nicht zu unterschätzen seien. Anhand jüngster Tests sei festzustellen, dass die nordkoreanischen Systeme leistungsfähiger und präziser geworden seien und zusätzlich über eine höhere Reichweite verfügten, wodurch die USA und Europa unmittelbar bedroht seien. Die Abwehr ballistischer Raketen sei daher ein zentrales Element der kollektiven Verteidigung. Die Verbündeten müssten diese Sicherheitsarchitektur mittels gesteigerter Effizienz und Modernisierung voranbringen. Unverzichtbar sei dabei ein Zusammenführen von US-amerikanischen und europäischen Fähigkeiten. Er bekräftigte die Forderung seines Vorredners, russischen Fehlinformationen über die Raketenabwehr gezielt entgegenzutreten, denn nur so sei ein Schutz des Abwehrsystems und der Bevölkerung Europas vor ballistischen Flugkörpern möglich.

Abgeordneter **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) zeigte sich besorgt über das russische Atomwaffenprogramm und bat um eine tiefergehende Behandlung in dem Bericht. Zugleich unterstrich er die Forderungen des Generalberichterstatters, der russischen Desinformationskampagne gegen das Raketenabwehrsystem energisch entgegenzutreten. Abgeordneter **Raymond de Roon** (Niederlande) erkundigte sich nach den Folgen der Beschaffung des russischen S-400-Systems durch die Türkei und wie die NATO darauf reagieren werde. Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) bat um ergänzende Informationen zur Bedeutung der Beschaffung von russischen Luftabwehrsystemen durch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate für den Nahen Osten und die NATO. Zur türkischen Entscheidung, ein russisches Abwehrsystem zu erwerben, betonte Dr. Karako die hohe Bedeutung der Interoperabilität für die Fähigkeiten der Verbündeten.

Abgeordneter **Pierre Paul-Hus** (Kanada) nahm Bezug auf die Bedrohung Nordamerikas durch Nordkorea und fragte nach den Möglichkeiten der NATO, Kanada zu schützen. Senator **Joseph A. Day** verwies auf einen Bericht des kanadischen Senats, in dem die enge Kooperation mit den USA für eine effiziente Raketenabwehr genannt wurde. Abgeordneter **Jean-Charles Larsonneur** (Frankreich) hob die Bedeutung nuklearer Abschreckung hervor. **Dr. Karako** stimmt dem zu und wies darauf hin, dass für die NATO ein Mix aus nuklearem und konventionellem Potential sowie Raketenabwehr unverzichtbar sei.

Der Gast, Abgeordneter **Jong-Kul Lee** (Republik Korea), dankte für die große Unterstützung, die Korea durch die USA, Kanada und Europa während der Spannungen durch die nordkoreanischen Waffentests erfahren habe. Er sprach sich für eine Fortsetzung des Dialogs mit Nordkorea aus, der allerdings mit erheblichem diplomatischem Druck geführt werden müsse.

III. Beratung des Berichtsentwurf des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „NATO-EU-Kooperation nach Warschau“, vorgelegt von Berichterstatter Abgeordneter Attila Mesterhazy (Ungarn)

Für den abwesenden Berichterstatter Abgeordneter **Attila Mesterhazy** (Ungarn) stellte **Lord Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich) den Berichtsentwurf „NATO-EU-Kooperation nach Warschau“ vor und erläuterte, dass die auf Grundlage der Warschauer Erklärung entwickelte Kooperation zwischen NATO und EU sehr gut gestartet sei, was angesichts der vielen Sicherheitsherausforderungen in Europa auch dringend geboten sei. Im Fokus der Zusammenarbeit lägen die Entwicklung gemeinsamer Fähigkeiten, Cybersicherheit sowie der Kampf gegen hybride Bedrohungen und Terrorismus. Eine erste Bewertung habe bereits Verbesserungen beim

Informationsaustausch und der Logistik ergeben. Die drei weiteren Betätigungsfelder seien eine gemeinsame Basis für die Bedrohungseinschätzung, die Koordinierung der Verteidigungsindustrie, die Schaffung eines institutionellen Rahmens für die gemeinsame Kontrolle und ein gemeinsames Kommando der Streitkräfte.

In der anschließenden Debatte unterstrich Abgeordneter **Bob Stewart (**Vereinigtes Königreich), dass sein Land auch nach dem Brexit zur Sicherheit und Verteidigung Europas beitragen werde.

IV. Berichtsentwurf des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ zum Thema „Gebiet der Raumfahrt, Weltraum und die Verteidigung der Allianz“, vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Madeleine Moon (Vereinigtes Königreich)

Die Berichterstatterin Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) legte die auf allen Ebenen bestehende Abhängigkeit der NATO-Streitkräfte von weltraumgestützten Systemen dar. Vor diesem Hintergrund müssten die NATO-Verbündeten nach Möglichkeiten suchen, ihr Verteidigungs- und Abschreckungskonzept für den Weltraum zu konsolidieren und auf eine effektive NATO-Raumfahrtpolitik hinzuwirken. Die Weltraumpolitik habe in vielen Fällen indirekten oder direkten Bezug zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Das Fehlen eines internationalen Rechtsrahmens erhöhe das Risiko für Konflikte. Daher müsse dringend ein funktionierender Verhaltenskodex entwickelt und angewandt werden. Durch zunehmende Aktivitäten von Regierungen und privatwirtschaftlichen Akteuren im Weltraum werde es immer mehr Konkurrenz um Zugang zu Umlaufbahnen und Übertragungsfrequenzen geben. Die NATO müsse zügig handeln, um die lückenlose Bereitstellung der für Operationen, Übungen und andere zentrale Funktionen des Bündnisses benötigten Satellitenbandbreite zu gewährleisten. Abschließend verwies sie auf die Entwicklungen in China und Russland und warb für die Durchführung von gemeinsamen Trainingsmaßnahmen zu Bedrohungsszenarien im Bündnis.

Der Abgeordnete **João Rebelo** (Portugal) thematisierte die Kosten für die Entsorgung des bereits vorhandenen Weltraummülls. Berichterstatterin **Moon** erklärte, es sei schockierend, wie viele Trümmer mit hoher Geschwindigkeit unterwegs seien. Die Chance für eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Weltraum sei in diesem Bereich besonders groß.

Der Bericht wurde mit einigen Änderungen einstimmig angenommen.

V. Vortrag von Elizabeth Pearson, assoziierte wissenschaftliche Mitarbeiterin im *Royal United Services Institute* (RUSI), London, und Emily Winterbotham, leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin, RUSI, zum Thema „Frauen, Gender und gewaltbereiter Extremismus“

Elizabeth Pearson und **Emily Winterbotham** präsentierten ihre aktuellen Forschungsergebnisse zum Thema. Mit der Studie solle der Kontext für das Entstehen von Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus beleuchtet werden. Bisherige Programme zur Bekämpfung von Extremismus hätten sich nur auf Männer konzentriert, weil sie die überwiegend Ausführenden gewesen seien. Die Rolle und Bedeutung der Frauen sei lange unterschätzt worden. Die Vortragenden führten als wesentliche Ursachen für eine Radikalisierung die Suche nach Identität, wirtschaftliche Gründe sowie Diskriminierung beziehungsweise Islamfeindlichkeit in den westlichen Gesellschaften an. Es gebe unterschiedliche Ansätze bei der Rekrutierung von Männern und Frauen für das Kalifat, das als neue diskriminierungsfreie Gesellschaftsform propagiert werde. Muslimische Frauen erhielten dort wegen ihrer wichtigen Rolle Anerkennung, die ihnen in den westlichen Gesellschaften häufig versagt werde. Elizabeth Pearson wies auch auf die unterschiedlichen Orte der Anbindung hin. Männer seien empfänglicher für eine Rekrutierung und Radikalisierung im öffentlichen Raum, während Frauen über die sozialen Netzwerke, insbesondere durch Heiratsangebote, angeworben würden. Abschließend erklärte Emily Winterbotham, bei der Entwicklung und Umsetzung von Programmen gegen den gewaltbereiten Extremismus seien Frauen wie Männer gleichermaßen zu berücksichtigen. Negative wie geschlechterspezifische Stereotype müssten abgebaut und Vertrauen in die Gesellschaft gestärkt werden. Konvertiten und ihren Familien komme dabei eine besondere Bedeutung zu.

Die Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach der Rolle der Religion für die Radikalisierung. **Elizabeth Pearson** erklärte, die Suche nach einer religiösen Identität, oft auch außerhalb der eigenen Familie, und die angeblich fehlende Moral in säkularen westlichen Gesellschaften seien häufig Gründe für den Zulauf. Der Abgeordnete **Han ten Broeke** (Niederlande) vermisste konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik und hinterfragte den engen Gender-Fokus; aus seiner Sicht sei der Islam intolerant

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

gegenüber der Gleichheit der Geschlechter. **Emily Winterbotham** betonte die Notwendigkeit für weitere Forschungen, zum Beispiel mit Blick auf die Konvertiten. Auch sei die Einbindung der religiösen Anführer im Kampf gegen den Extremismus sinnvoll.

VI. Entschließungsentwurf „Eine engere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU“, vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Joseph A. Day (Kanada)

Der Berichterstatter Senator **Joseph A. Day** (Kanada) legte dar, dass angesichts der größer werdenden Herausforderungen für die Sicherheit des Bündnisses, die sich insbesondere an der Ost- und Südflanke der Allianz stellten, aber auch durch die Ausbreitung von Terrorismus und von hybride Taktiken beeinflusst seien, die Zusammenführung der sicherheitspolitischen Prioritäten von NATO und EU im Bereich der gemeinsamen Fähigkeitsentwicklung intensiviert sowie die kooperativen Maßnahmen ausgeweitet werden müssten. Beispielhaft nannte er hybride Bedrohungen, Seeoperationen, Verteidigungsindustrie und Forschung, Cybersicherheit sowie Übungen und Kapazitätsaufbau.

Die Entschließung wurde mit einigen Änderungen mehrheitlich angenommen. Ergänzt wurden unter anderem die wichtige Rolle, die Nicht-EU-Mitglieder im transatlantischen Bündnis hätten, sowie eine Unterstützung der Regierung in Libyen zur Förderung der Stabilisierung und Einigung des Landes.

VII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Die Unterstützung der nationalen afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte“, vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Joseph A. Day (Kanada)

Der Generalberichterstatter nahm Bezug auf die Schlussfolgerungen des Afghanistan-Sonderberichts des Abgeordneten **Wolfgang Hellmich** (Deutschland), die in den Text der Entschließung eingeflossen seien. Einige Änderungsanträge betrafen die Berücksichtigung der aktuellen Sicherheitslage und den Beitrag des Bündnisses im Friedens- und Stabilisierungsprozess des Landes. Ergänzt wurden unter anderem die Unterstützung des von den Afghanen selbst gestalteten Friedens- und Versöhnungsprozesses sowie die Bemühungen der afghanischen Regierung um die Stärkung einer guten Staatsführung.

Die Entschließung wurde mit Änderungen mehrheitlich angenommen.

VIII. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“, **Lord Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich), wies auf das NATO PV-Seminar Ende November in Italien hin. Er kündigte im nächsten Jahr zum Thema EU-NATO-Kooperation Besuche in Prag und Budapest sowie in London und Paris an. Die Berichterstatterin des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“, Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich), berichtete über die NATO PV-Reise in die Republik Korea und erinnerte an den geplanten Besuch Marokkos Ende Oktober. Die Sicherheit in Nordafrika und in der südlichen Peripherie des Mittelmeeres seien die Themen dieses Besuchs. Für das Jahr 2018 seien Themen und Reiseziele noch in der Abstimmung.

IX. Personalien

Der Abgeordnete **Andreas Loverdos** (Griechenland) fand als neuer stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit die Unterstützung seiner Ausschusskolleginnen und -kollegen. Im Unterausschuss „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ wurden der Abgeordnete **João Rebelo** (Portugal) zum Vorsitzenden und der Abgeordnete **Juozas Olekas** (Litauen) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Alle anderen Funktionsträger, die wiedergewählt werden konnten, wurden in ihren Ämtern bestätigt.

5. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte unter Vorsitz des Abgeordneten **Vitalino Canas** (Portugal) am Samstag, 7. Oktober, und am Sonntag, 8. Oktober 2017, in Bukarest. Im Zentrum der Debatten

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

standen die Themen Verbreitung von (Des-)Informationen als Mittel zur Kriegsführung, Stabilität und Sicherheit in der Schwarzmeerregion und die humanitäre Krise in Syrien und im Irak.

I. Paneldiskussion über die Sicherheitsentwicklung in der Schwarzmeerregion, sowie Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Förderung der Stabilität in der Schwarzmeerregion“, vorgelegt von Sonderberichterstatterin Abgeordnete Ulla Schmidt (Deutschland)

Der Themenkomplex Schwarzmeerregion war Gegenstand eines Vortrags sowie eines Sonderberichts und einer Entschließung, die Sonderberichterstatterin Ulla Schmidt (Deutschland) dem Ausschuss vorlegte.

Botschafter **Sergiu Celac,** Mitglied des Wissenschaftlichen Rates des *New Strategy Center*, referierte zum Thema „Sicherheit und Stabilität in der Schwarzmeerregion aus rumänischer Perspektive“. Er gab einen Überblick über die strategische Bedeutung des Schwarzen Meeres. Vor dem Hintergrund des aktuellen Sicherheitsumfelds müsse Rumänien sich aktiv engagieren. Die von Russland vorgenommene Militarisierung der Region und Destabilisierung der Republik Moldau sei beunruhigend. Er kritisierte die ungebrochen negative Rolle des russischen Nachbarn. Die Provokationen in Transnistrien ständen in einer Linie mit den Interventionen in Georgien, auf der Krim, in der Ostukraine oder in Syrien. Die Verletzung der Souveränität der Republik Moldau in Transnistrien durch die Russische Föderation habe eine unmittelbare Relevanz für die transatlantische Sicherheitsstruktur.

Sonderberichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) machte im Rahmen ihrer Berichtsvorstellung „Förderung der Stabilität in der Schwarzmeerregion“ deutlich, dass sich die schwierige Situation in der Schwarzmeerregion unter rein militärischen Aspekten nicht erfassen lasse. Die Region sei vielschichtig, die Russische Föderation ein schwieriger Nachbar und die Beziehungen der Anrainerstaaten zum russischen Nachbarn unterschiedlich ausgeprägt. Dennoch ließen sich gemeinsame Interessen identifizieren, die stärker gebündelt und in regionalen Kooperationen verfolgt werden könnten. Sie nannte beispielsweise Umweltschutz, Bekämpfung des Menschenhandels, Organisierte Kriminalität, Tourismus und wirtschaftliche Zusammenarbeit als grenzüberschreitende Bereiche, die sich für eine Kooperation anböten. Unterstützungsmaßnahmen von EU und NATO sollten neben militärischen Mitteln deshalb auch verstärkt zivile Maßnahmen umfassen, die den Handel, den Reiseverkehr und den Tourismus in der Region beförderten. Sie sprach sich für die Revitalisierung von EU-Regionalprogrammen aus, die einen guten Ansatz darstellten, aber bislang nicht ausreichend genutzt würden. Sie verurteilte die Verletzungen von Menschenrechten, der Medienfreiheit und Rechtsstaatlichkeit, die in der Region, insbesondere in der Türkei, wieder zunähmen. Sie hinterfragte kritisch, ob die Festnahmen von Journalisten, Oppositionspolitikern und Menschenrechtsaktivisten in der Türkei im Einklang mit der Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahren stünden.

Die Abgeordnete **Zehra Taskesenlioglu** (Türkei) kritisierte den Bericht. Die Türkei befände sich im Kampf gegen den Terror und handle nach rechtsstaatlichen Verfahren. Abgeordnete **Ulla Schmidt** erwiderte, dass in einem rechtsstaatlichen Verfahren Inhaftierte zeitnah eine Anklageschrift erhielten, um sich gegen Vorwürfe erwehren zu können. Dies sei in zahlreichen Fällen von Festnahmen internationaler Journalisten bis heute nicht erfolgt. Es entstehe der Eindruck, dass diejenigen Gefahr liefen festgenommen zu werden, die Kritik an der türkischen Regierung äußerten.

Ihr Bericht wurde gegen die Stimmen der türkischen Delegation angenommen.

II. Paneldiskussion über die humanitäre Krise in Syrien und im Irak, sowie Beratung des Generalberichtsentwurfs „Der Krieg in Syrien und im Irak: Humanitäre Aspekte“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Senatorin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

Generalberichterstatterin Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) stellte ihren Generalberichtsentwurf „Der Krieg in Syrien und im Irak: Humanitäre Aspekte“ vor. Der Krieg in Syrien und im Irak sei eine der größten Katastrophen der aktuellen Geschichte. Zwar habe die Terrororganisation des sogenannten IS in Syrien 90 Prozent und im Irak 65 Prozent ihres Territoriums verloren. Die Wurzeln des Konfliktes seien damit jedoch nicht behoben. Die NATO müsse die Koalition zur Bekämpfung der Terrorgruppe weiterhin nach Kräften unterstützen und zugleich mit den Vereinten Nationen (VN) eine politische Lösung erarbeiten. Angesichts des unermesslichen Leides der syrischen Bevölkerung prangerte sie die mangelhafte finanzielle Unterstützung von VN-Initiativen an. Dies führe dazu, dass die Nachbarstaaten über fünf Millionen Flüchtlinge aufnehmen müssten, was eine große Überforderung für diese Staaten darstelle.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Der stellvertretende Direktor der *Arab Reform Initiative*, **Salam Kawakibi**, äußerte sich in seinem Vortrag äußerst pessimistisch über die Zukunftsperspektiven Syriens. Das Ergebnis der jahrelangen internationalen Tatenlosigkeit sei die täglich weiter ins Unvorstellbare wachsende Zahl an Todesfällen von Zivilisten. Die Infrastruktur des Landes sei größtenteils zerstört, was vorrangig durch das Assad-Regime verursacht worden sei. Die Verhandlungen in Genf blieben erfolglos, da das Regime und die Russische Föderation davon ausgingen, den Krieg zu gewinnen und somit keine Veranlassung zu Konzessionen sähen.

In der anschließenden Debatte wies Abgeordnete **Zehra Taskesenlioglu** (Türkei) auf die große Zahl an Flüchtlingen hin, die die Türkei aufgenommen habe, und forderte die internationale Gemeinschaft zu einer gerechteren Lastenteilung auf. Abgeordnete **Mary Helen Creagh** (Vereinigtes Königreich) machte auf die Gefahr der Radikalisierung syrischer Jugendlicher aufmerksam. **Salam Kawakibi** ergänzte, dass diese Gefahr durch die radikale Abschottung einiger Gebiete durch das syrische Regime noch verstärkt werde.

Der Bericht wurde im Anschluss an die Debatte einstimmig angenommen.

III. Berichtsentwurf des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ zum Thema „Soziale Medien-Revolution: Politische und Sicherheitsimplikationen“, vorgelegt von Berichterstatterin Senatorin Jane Cordy (Kanada)

Berichterstatterin Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) führte aus, 20 Prozent der Weltbevölkerung nutzen Soziale Medien. Sie zeigte den gesellschaftspolitischen Mehrwert dieser Kommunikationsmedien auf und warnte zugleich vor den Gefahren. Soziale Medien trügen nicht notwendigerweise zu einem produktiven Dialog bei, noch stärkten sie automatisch demokratische Institutionen. Sie hätten das Potenzial zur politischen Polarisierung und würden von staatlichen und nicht staatlichen Akteuren vielfach instrumentalisiert, etwa zur mentalen Kriegsführung oder durch geheimdienstliche Datenbevorratung. Insbesondere die Terrororganisation des sogenannten IS habe Fähigkeiten entwickelt, Netzwerke zu ihren Zwecken zu missbrauchen, um ihre Ideologie zu verbreiten, Mitglieder zu rekrutieren, Fundraising zu betreiben oder um sich mit ihren brutalen Taten wirksam zu vermarkten. Auch die Russische Föderation nutze Soziale Medien umfassend, um demokratische Regierungen zu unterwandern, in die Souveränität anderer Staaten einzugreifen oder das Ansehen der Allianz zu beschädigen. Hier müsse von Seiten nationaler Regierungen und im Privatsektor mehr getan werden. Die Allianz habe die Aufgabe, westliche Demokratien vor diesen subversiven Kräften zu schützen und zugleich ein offenes Internet zu garantieren.

In der Diskussion forderte Abgeordnete **Zehra Taskesenlioglu** (Türkei) eine Änderung im Bericht zur Nutzung Sozialer Medien während der Gezi-Park-Demonstrationen in der Türkei. Die Berichterstatterin lehnte dies mit dem Hinweis auf weitere im Bericht genannte Fälle ab. Abgeordnete **Mary Helen Creagh** (Vereinigtes Königreich) erklärte, um dem unbedachten Umgang mit Sozialen Medien entgegenzuwirken, spiele die Erziehung eine wesentliche Rolle.

IV. Vortrag von Dr. Mark Galeotti, Koordinator und leitender Wissenschaftler des Zentrums für Europäische Sicherheit, Institut für internationale Beziehungen in Prag, über den russischen Informationskrieg

Dr. Mark Galeotti erläuterte das unterschiedliche terminologische Verständnis des Begriffs „Informationskriegsführung“ in der Russischen Föderation einerseits und der westlichen Gemeinschaft andererseits. Nach russischem Verständnis umfasse „hybride Kriegsführung“ (*hybrid warfare*) alles von der Korruption über Spionage bis hin zur gezielten (Des-)Informationsverbreitung. Die umfassende digitale Beeinflussung habe das Ziel, die Allianz zu spalten und von russischen Strategien abzulenken. Er stellte fest, die Angst der Allianz vor dieser schwer fassbaren Form der feindseligen Intervention sei erheblich größer als die realen Einflussmöglichkeiten Russlands. Präsident Putin habe keine kriegerischen Ambitionen in Bezug auf das NATO-Gebiet, er wolle sich lediglich die Kontrolle über die Zukunft der postsowjetischen Staaten sichern. Dabei wisse die Russische Föderation die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Allianz und deren freie Presse hervorragend auszunutzen.

In der Diskussion berieten die Mitglieder die Frage, inwieweit die Russische Föderation mit Hilfe ihrer Instrumente der hybriden Kriegsführung Korruption in andere Länder exportiere. Dr. Mark Galeotti bezeichnete die Russische Föderation als einen *hub-and-spoke state*, in dem der Erfolg eines Unternehmens davon abhänge, was dieses Unternehmen für den Staat tun könne. Um russische Einflussnahme zu verhindern, bedürfe es grundsätzlich einer stärkeren Gesetzgebung der Medienorganisationen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

V. Vortrag von Theresa Fallon, Direktorin des *Centre for Russia Europe Asia Studies* (CREAS) über Instabilitätsrisiken in Ostasien

Theresa Fallon führte die angespannten Beziehungen zwischen der nordkoreanischen Führung unter Kim Jong-Un und dem US-Präsidenten Donald Trump auf die zahlreichen aktuellen Nukleartests durch Nordkorea, zuletzt im September 2017, zurück. Auch China und die Russische Föderation spielten eine aktive Rolle in dieser diplomatischen Krise: China aufgrund des ausschließlich an nationalstaatlichen Interessen orientierten Engagements in Hong Kong sowie im Südosten Asiens und die Russische Föderation aufgrund ihrer immer engeren Beziehung mit Nordkorea. Dabei sei auch unter Analysten unklar, welches Ziel der amerikanische Präsident in Ostasien verfolge.

In der Diskussion erinnerte **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) an die Südostasiatische Handelsorganisation (ASEAN) als probate Kooperationsplattform in der Region. Abgeordnete **Zehra Taskesenlioglu** (Türkei) erinnerte an die Menschenrechtsverletzungen an der Bevölkerung der Rohingya in Myanmar.

VI. Entschließungsentwurf „Der Instrumentalisierung von Information als Waffe begegnen“, vorgelegt von Senatorin Jane Cordy (Kanada)

Zu dieser Entschließung brachte die deutsche Delegation erfolgreich einen Änderungsantrag ein. Neben Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine wird nun auch der Westliche Balkan als von gezielter Desinformation durch die russische Regierung betroffene Region in der Entschließung benannt. Die Entschließung wurde mit einer weiteren Änderung auf Antrag der französischen Delegation, wonach auch der Respekt vor fundamentalen Freiheitsrechten ausdrücklich benannt werden solle, einstimmig angenommen.

VII. Beratung und Abstimmung zum Entschließungsentwurf „Stabilität und Sicherheit in der Schwarzmeerregion“, vorgelegt von Abgeordneter Ulla Schmidt (Deutschland)

Zu dieser Entschließung wurden zahlreiche Änderungsanträge von Delegationen der Anrainerstaaten – insbesondere des Gastgebers Rumänien sowie Georgiens und der Ukraine – eingereicht. Den Antragsstellern war wichtig, im Bericht die Gefahr durch die russische Remilitarisierung der Region stärker zu betonen. Georgien und die Ukraine wollten ihre Fortschritte auf dem Weg in die euroatlantische und europäische Gemeinschaft deutlicher benannt wissen. Die Entschließung wurde nach einer durch zahlreiche Kompromisse geprägten Debatte an einigen Stellen geändert und im Ergebnis gegen die Stimmen der türkischen Delegation angenommen.

VIII. Aktivitäten des Ausschusses

Der Ausschuss beschloss, im nächsten Jahr ein neuerliches Monitoring zur Implementierung der Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit des VN-Sicherheitsrates (*UN Security Council Resolution 1325 on Women, Peace and Security*) durchzuführen. Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) wurde damit beauftragt, das Monitoring-Verfahren zu leiten.

IX. Wahl der Vorsitzenden von Ausschuss und Unterausschüssen

Abgeordnete **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) wurde zur Ausschussvorsitzenden, Abgeordneter **Vitalino Canas** (Portugal) zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“, **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) zum Sonderberichterstatter und Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland), deren Amt als Sonderberichterstatterin in Bukarest endete, einstimmig zur Generalberichterstatterin des Ausschusses gewählt. Abgeordnete Ulla Schmidt kündigte an, sich im nächsten Generalbericht weiter mit der Schwarzmeerregion auseinanderzusetzen und dabei die Entwicklung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in der Region noch fokussierter in den Blick zu nehmen.

6. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 7. Oktober 2017, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Faik Öztrak** (Türkei). Zentrale Themen der Sitzung waren die wirtschaftliche Situation des Westbalkans sowie die Industriebasis für die europäische Verteidigung.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

I. Vortrag von Vasile Iuga, Schatzmeister des Aspen Institutes in Rumänien, zum Thema „Die wirtschaftliche Situation auf dem Westbalkan“

Der Westbalkan sei nach seiner Einschätzung das Pulverfass Europas, begann **Vasile Iuga** seine Ausführungen. Das Wachstum in den südosteuropäischen Ländern sei seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise in der EU gesunken oder sogar zum Stillstand gekommen. Die Arbeitslosigkeit sei in dieser seit drei Jahrzehnten krisengeschüttelten Region ein großes Problem, sie betreffe 50 Prozent der Jugendlichen. Parallel hätten die politischen Verwerfungen zugenommen, auch weil internationale Akteure ihre eigenen Interessen in der Region verfolgten und um Einfluss konkurrierten. Die Beitrittsperspektive sei inzwischen zu einem politischen Beruhigungsmittel geworden, das seine Glaubwürdigkeit weitgehend eingebüßt habe. Die desolate ökonomische Situation führe zur Abwanderung der besser gebildeten jungen Menschen, die Reformmüdigkeit und der Pessimismus in der Gesellschaft verstärkten nationalistische Tendenzen. Er erklärte abschließend, ohne wirtschaftliches Wachstum seien politische Reformen sowie eine bessere Regierungsführung kaum möglich. Es bestehe ein großer Bedarf an arbeitsbeschaffenden Investitionen und an Projekten zum Auf- und Ausbau der Infrastruktur. Eine vertiefte Kooperation mit der EU und eine stärkere ökonomische Zusammenarbeit der Westbalkanstaaten untereinander seien erforderlich, um den offensichtlichen Verfall der Demokratie und den Einbruch der Stabilität in Südosteuropa aufzuhalten.

In der Diskussion thematisierte der Abgeordnete **Göran Pettersson** (Schweden) die Korruption in der Region als Hemmnis für Investitionen. **Vasile Iuga** erklärte, die Bekämpfung der Korruption sei ein entscheidendes Ziel, aber ein langer Prozess. Er warb dafür, die Öffentlichkeit über das Ausmaß der Korruption und die Bedeutung der Bekämpfung zu informieren und parallel die juristische Verfolgung und Bestrafung der Vergehen mit einer speziellen Staatsanwaltschaft voranzutreiben.

II. Vortrag von Martin Hill, Vorsitzender der *NATO Industrial Advisory Group* (NIAG), zum Thema „Der Stand der Kooperation mit der Verteidigungsindustrie in der Allianz und die Arbeit der NIAG“

Martin Hill begann seine Ausführungen mit einer Vorstellung der industriellen Beratungsgruppe NIAG. Er betonte die Bedeutung einer verstärkten europäischen und transatlantischen Rüstungszusammenarbeit, um den aktuellen und zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen besser begegnen zu können. Er thematisierte die Rolle der Industrie in der Sicherheitsarchitektur und sagte, Kooperationsprojekte in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung seien von zentraler Bedeutung. Eine frühzeitige Einbeziehung der Industrie bei der Planung von Ausrüstungs- und Beschaffungsvorhaben sei entscheidend, um über weniger Variationen in der Produktion auch Kosten senken zu können. Er warb dafür, der wehrtechnischen Industrie den Freiraum für die Gründung eigener Konsortien zu lassen, denn zu starke Kontrolle oder zu enge Vorgaben führten häufig zu Ineffizienz. Abschließend erklärte er, die Verbündeten sollten die militärischen Fähigkeiten gemeinsam planen, entwickeln, beschaffen und bereitstellen sowie die Interoperabilität der Streitkräfte erhöhen, um die Handlungsfähigkeit weiter zu verbessern.

In der Diskussion sprach die Leiterin der kanadischen Delegation, Abgeordnete **Leona Alleslev**, die lange Zeitdauer bei der Entwicklung und Beschaffung von Systemen an. Im Bereich der IT könne man schneller auf aktuelle Herausforderungen reagieren. Sie befürwortete einen direkten Austausch des Militärs mit Ingenieuren und nicht nur mit den Firmen, die Systeme verkaufen. Auch der Generalberichterstatter Senator **Jean-Marie Bockel** (Frankreich) mahnte eine Intensivierung der Zusammenarbeit an. Er erbat vom Redner eine Bewertung des neuen europäischen Verteidigungsfonds. **Martin Hill** thematisierte die Verantwortlichkeiten von Militär und Politik beim Beschaffungsprozess. Zur Optimierung der gemeinsamen Vorhaben sei eine europäische Beschaffungsagentur sinnvoll. Auf die Frage des Abgeordneten **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich) nach einer Möglichkeit der Beschleunigung von Beschaffungen sagte **Martin Hill**, die Anforderung an die Systeme müsse sich ändern, sie müssten flexibel und die Technik austauschbar sein. Sprachbarrieren seien häufig ein größeres Problem als die Unterschiede bei den Systemen.

III. Vortrag von Andreas Goldthau, Professor am Institut für Politik und Internationale Beziehungen des Royal Hollow Colleges, University of London, zum Thema „Geopolitische und wirtschaftliche Herausforderungen für Europas Energiesicherheit“

Professor Andreas Goldthau stellte eingangs die fundamentalen Veränderungen der Energiemärkte durch die revolutionäre Schiefergasförderung, vor allem in den USA, dar. Der gefallene Ölpreis habe starke Auswirkungen auf die Volkswirtschaften vieler Länder. Für die ölexportierenden Länder bedeuteten die gesunkenen Einnahmen zum Teil erhebliche soziale Konflikte, was zu Sicherheitsproblemen und steigender Migration führen könne. In Europa sei in einen entsprechenden Ausbau der Energieinfrastrukturen (Elektrizitätskraftwerke und -leitungen, Gaspipelines, Flüssigerdgas-Terminals) investiert worden, auch um die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu reduzieren. Er lobte die von der EU-Kommissarin für Wettbewerb, Margrethe Vestager, umgesetzten Rahmenbedingungen für die Öffnung des europäischen Energiemarktes. Mit Blick auf die beabsichtigte Reduzierung von fossilen Brennstoffen thematisierte er die fiskalischen Auswirkungen für die Länder. Die Entwicklung und Vermarktung neuer Technologien könne hier Alternativen bieten.

In der Diskussion thematisierte der Abgeordnete **Oktay Vural** (Türkei) das Projekt einer transanatolischen Gas-Pipeline. Professor **Goldthau** äußerte, er halte ein solches Projekt für sinnvoll, aber aktuell für geopolitisch nicht durchführbar. Die Abgeordnete **Natalia Pouzyreff** (Frankreich) fragte nach einer Möglichkeit zur Unterstützung der Wirtschaftsentwicklung und damit Stabilisierung des afrikanischen Kontinents durch Elektrifizierung. Sie verwies auf ein solches Projekt ihres Landes. Professor **Goldthau** betonte den Zugang zu Energie als wichtige Komponente der Entwicklungspolitik. Notwendig sei aber immer die Berücksichtigung der lokalen Strukturen vor Ort, es gebe keine Patentlösung, die für alle identisch sei.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Ermittlung und Dämpfung der Kosten des Klimawandels“, vorgelegt von der Berichterstatterin Abgeordnete Lilja Dögg Alfredsdottir (Island)

Mit Bezug auf die immensen Schäden durch die tropischen Stürme Irma und Harvey im Sommer begann die Berichterstatterin **Lilja Dögg Alfredsdottir** (Island) ihre Ausführungen. Auch wenn ein Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und diesen extremen Wetterlagen nicht bewiesen sei, sei sich die Wissenschaft einig, dass die Häufigkeit dieser Stürme zunehmen werde. Die Kosten werden für die Gesellschaften in jedem Fall enorm sein, nicht nur durch Vermögenseinbußen in Wirtschaft und Landwirtschaft, Haushaltsbelastungen und zusätzliche Energie- und Wasserkosten, sondern auch durch Todesopfer, die Schädigung der Artenvielfalt und des Ökosystems. Auch berge der Anstieg des Meeresspiegels die Gefahr sozialer Konflikte und politischer Instabilität. Daher müssten die Auswirkungen des Klimawandels auf die militärische Sicherheit von den Verteidigungs- und Sicherheitssektoren aller NATO-Staaten berücksichtigt und innerhalb des Bündnisses genauer analysiert werden. Eine gemeinsame Strategie und internationale Kooperation seien unverzichtbar.

In der Diskussion kritisierte der Abgeordnete **James Sensenbrenner** (Vereinigte Staaten) die einseitige Perspektive des Berichts. Auch sehe er kein Betätigungsfeld für das Bündnis bei dem Thema als sicherheitspolitische Organisation. Für das produzierende Gewerbe seien die Vorschläge kritisch, Arbeitsplätze würden verlagert in Länder, die an die Klimaziele nicht gebunden seien. Die Abgeordneten **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich), **Natalia Pouzyreff** (Frankreich) und **Leona Alleslev** (Kanada) widersprachen den Argumenten. Der Klimawandel sei eine der größten Sicherheitsherausforderungen unserer Zeit. Die amtierende Berichterstatterin Lilja **Dögg Alfredsdottir** sagte abschließend, es müssten Wege der Zusammenarbeit gefunden werden, auch bei unterschiedlicher Auffassung.

Der Bericht wurde bei nur einer Gegenstimme (Vereinigte Staaten) angenommen.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“ zum Thema „Der wirtschaftliche Reformprozess auf dem Westbalkan: eine Bewertung“, vorgelegt von Berichterstatter Abgeordneter Richard Benyon (Vereinigtes Königreich)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich) erklärte eingangs, die euroatlantische Integration sei kein Patentrezept für alle Herausforderungen, vor denen die Region stehe. Aber die EU und die NATO böten institutionelle Unterstützung bei der Entwicklung der freiheitlich-demokratischen Idee. Beide Institutionen müssten sich allerdings auch weiterhin intensiv für die Region einsetzen, um auf dem Weg zu mehr politischer Stabilität, Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung voranzukommen. Die Mitgliedschaftsperspektive sei dabei ein wichtiger Anreiz. Er zeigte die Probleme auf, die durch russische Desinformations- und Destabilisierungskampagnen entstünden. Gute Regierungsführung und die Bekämpfung der Korruption seien ohne eine engagierte Zivilgesellschaft, die von aktiven, unabhängigen Medien informiert werde, jedoch nicht möglich. Dazu müssten die von Politik und Wirtschaftseliten gesteuerten und dominierten Medien

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

reformiert werden. Unverzichtbar seien für die Region auch die Entwicklung regionaler Antikorruptionskonzepte sowie einer Justizreform, damit auch potenzielle Investoren darauf vertrauen könnten, dass die Gerichte Risiken eindämmten. Abschließend erklärte er, die massive Steuerhinterziehung schwäche die Legitimität des Staates und entziehe ihm die benötigten Einkünfte.

Der Leiter der serbischen Delegation, Abgeordneter **Dragan Sormaz**, lobte den Bericht, er sei ausgewogen und fundiert. Serbien sei ein zuverlässiger Partner und wolle dies zukünftig auch als volles Mitglied der NATO sein. Er dankte auch der Versammlung für die Unterstützung. Der Abgeordnete **Georgios Kyritsis** (Griechenland) bat um Ergänzung der Worte „einschließlich der Minderheitenrechte“ bei den notwenigen Reformen, die Albanien noch vor sich habe.

Der Bericht wurde mit der vorgeschlagenen Ergänzung einstimmig angenommen.

VI. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Zum Stand der Industriebasis für die europäische Verteidigung“, vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Jean-Marie Bockel (Frankreich)

Der Generalberichterstatter Senator **Jean-Marie Bockel** sagte, eine starke Technologie- und Industriebasis für den europäischen Verteidigungsmarkt lasse sich nur dann schaffen, wenn von der bestehenden Konzentration auf die nationalen Märkte abgerückt werde. Die EU habe mit dem in 2016 verabschiedeten *European Defence Action Plan* und dem gebilligten Europäischen Verteidigungsfonds den Grundstein zur Entwicklung einer besseren industriellen und technologischen Basis für die Verteidigung ganz Europas gelegt. Er mahnte die vereinbarte Steigerung der Verteidigungsausgaben an und sagte, zukünftig müsse auch die Zusammenarbeit im Bereich der Interoperabilität gesteigert werden.

In der Diskussion begrüßte die Abgeordnete **Leona Alleslev** (Kanada) das mutige Vorhaben der EU. Das Bündnis solle sich jedoch bei seinen Bestrebungen zur Verbesserung der Industriebasis nicht auf Europa begrenzen, sondern auch die vorhandenen transatlantischen Fähigkeiten mit einbeziehen.

Der Bericht wurde ohne Änderungen einstimmig angenommen.

VII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Die rüstungswirtschaftliche Basis in Europa“, vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Jean-Marie Bockel (Frankreich)

Der Generalberichterstatter Senator **Jean-Marie Bockel** (Frankreich) nahm Bezug auf die Schlussfolgerungen des Generalberichts. Es müsse ein europäischer Verteidigungsmarkt aufgebaut werden. Damit könne auch ein deutlich höheres Maß an Effizienz bei den Verteidigungsausgaben erreicht werden.

Von deutscher Seite wurde ein Änderungsantrag vorgelegt, mit dem die Formulierung zur Erreichung des Zwei-Prozent-Ziels an den Beschluss des NATO-Gipfels in Wales angepasst wurde.

Die Entschließung wurde mit einigen Änderungen einstimmig angenommen.

VIII. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“, Senator **Menno Knip** (Niederlande), berichtete von der durchgeführten Reise nach Serbien. Für den Bericht zum Thema „Energiesicherheit in Zentral- und Osteuropa“ im nächsten Jahr kündigte er Besuche in der Ukraine und Aserbaidschan an. Der stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“, Abgeordneter **Jean-Luc Reitzer** (Frankreich), berichtete über die Reise nach Kanada und kündigte für das Jahr 2018 Reisen nach Japan sowie Frankreich und Großbritannien an. Thema des Berichts werde der Freihandel sein.

IX. Personalien

Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Abgeordnete **Ivans Klementjes** (Lettland) gewählt. Senator **Menno Knip** (Niederlande), die Abgeordneten **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich) sowie **Juozas Olekas** (Litauen) fanden als stellvertretende Vorsitzende die Unterstützung ihrer Ausschusskolleginnen und -kollegen. Im Unterausschuss „Übergang und Entwicklung“ wurden der Abgeordnete **Michal Szczerba** (Polen) zum neuen Vorsitzenden, der Abgeordnete **Luk Van Biesen** (Belgien) zum stellvertretenden Vorsitzenden und die Abgeordnete **Ausrine Armonaite** (Litauen) zur Berichterstatterin gewählt. Der Abgeordnete **Faik Öztrak** (Türkei) wurde im Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum neuen Vorsitzenden, die Abgeordnete **Lois Frankel** (Vereinigte Staaten) zur stellvertretenden Vorsitzenden und die Abgeordnete **Lilja**

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Dögg Alfredsdottir (Island) zur Berichterstatterin gewählt. Alle anderen Funktionsträger, die erneut wählbar waren, wurden in ihren Ämtern bestätigt.

7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam am Sonntag, 8. Oktober 2017, in Bukarest unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden, Abgeordneter **Bruno Vitorino** (Portugal), zusammen, um die Themen „Den technischen Vorsprung der NATO wahren: strategische Anpassung und F&E (Forschung und Entwicklung) im Verteidigungsbereich", „Ernährungs- und Wassersicherheit im Nahen Osten und Nordafrika" sowie „Das Internet der Dinge (IoT): Verheißungen und Gefahren einer riskanten Technologie" zu beraten.

I. Podiumsdiskussion zum Thema „Den technischen Vorsprung der NATO wahren: strategische Anpassung und F&E im Verteidigungsbereich" mit Thomas Killion, Leiter der Abteilung für Wissenschaft und Technologie der NATO, sowie mit Tim Webb, Abteilung für Verteidigungsinvestitionen der NATO, und Martin Hill, Vorsitzender der *NATO Industrial Advisory Group* (NIAG)

Thomas Killion stellte fest, dass über viele Jahrzehnte der technische Vorsprung der NATO als gegeben betrachtet worden sei. Tatsache sei jedoch, dass dieser Vorsprung schmelze, weil die Investitionen für F&E inzwischen viel stärker industriell als staatlich basiert seien. Zwar habe die Finanzkrise die Verbündeten zu Einsparungen im Verteidigungsbereich gezwungen, inzwischen sei der Spielraum für Forschungsinvestitionen aber wieder deutlich größer geworden. Umwälzende technologische Neuerungen drängten auf den Markt, um mit Künstlicher Intelligenz (KI) und dem Internet der Dinge (IoT) nur zwei zu nennen. Im Cyberbereich sehe sich die NATO tagtäglich neuen Herausforderungen gegenüber, weil mit dem rasanten Fortschritt der miteinander vernetzten Dinge zugleich deren Verletzlichkeit wachse. Nur auf dem Gebiet der elektronischen Kriegsführung und bei fortschrittlichen Waffen habe das Militär gegenüber der Wirtschaft noch einen Vorsprung. Um beide Akteure zusammenzubringen, schreibe die NATO aktuell ihre *Science & Technology Strategy* fort, in die auch andere Akteure, wie zum Beispiel die EU, einbezogen würden. Abschließend appellierte er an die Parlamentarier, allerbeste Voraussetzungen zu schaffen, um Schulabgänger für die MINT-Berufe – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – zu gewinnen.

Tim Webb erinnerte daran, dass nach dem Ende des Kalten Krieges die Friedensdividende dazu geführt habe, dass die Verteidigungshaushalte zurückgefahren worden seien. Inzwischen gebe es jedoch neue Herausforderungen, so dass wieder mehr in die Verteidigung investiert werden müsse. Die Verteidigungsausgaben sollten unter den NATO-Partnern besser koordiniert und vernünftiger investiert werden. Angesichts der Tatsache, dass bislang Jahrzehnte von der Erforschung über die Erprobung bis hin zum Einsatz von Militärtechnologie vergangen seien, müsse man nun weitaus flexibler und innovativer vorgehen – auch unter Mitwirkung anderer Akteure, wie beispielsweise von Start-ups.

Martin Hill plädierte dafür, die Industrie möglichst frühzeitig mit ins Boot zu holen, weil deren Expertise bei der Umsetzung von Beschaffungsmaßnahmen sehr zielführend sei. So könne die lange Vorlaufzeit von der Idee bis zur Ausführung deutlich verkürzt werden. Schließlich nannte er noch drei bislang ungelöste Grundprobleme: divergierende Vorstellungen bei den Verbündeten über die Anforderungen für militärisches Gerät, fehlende arbeitsteilige Lösungen der Verbündeten untereinander und unrealistische Preis- und Realisierungsangaben der Industrie.

Die Diskussionsrunde läutete Abgeordneter **Matej Tonin** (Slowenien) mit der Frage ein, wie sich die Verbündeten besser gegen massive Cyberattacken schützen könnten. In dieselbe Richtung ging die Frage der Abgeordneten **Leona Alleslev** (Kanada), wie denn der Schutz gegen einen Hackerangriff auf kritische Infrastrukturen eines Landes aussehen könne. **Tim Webb** räumte ein, dass häufig nicht auszumachen sei, woher der Angriff überhaupt stamme. Einen Rechner – privat oder institutionell – vor Attacken zu sichern, sei sehr aufwendig und teuer. Zukünftig müsse man dafür auch die Herstellerfirmen stärker in die Pflicht nehmen. Die Senatorin **Maria Martens** (Niederlande) bat um Erläuterung, wie angesichts des rasanten technologischen Fortschritts die Menschen damit Schritt halten könnten und das militärische Training darauf ausgerichtet werde. Daran anknüpfend fragte Abgeordneter **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich), wo die Chance für KI im Verteidigungsbereich liege und ob dabei ethische Fragen auftauchten. **Tim Webb** betonte die Diskrepanz zwischen dem technologischen Fortschritt und der Reaktionsgeschwindigkeit der Rüstungsfirmen. Bei der KI träfen bislang noch Men-

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

schen die grundlegenden Entscheidungen. Die Militärakademien hätten inzwischen ihren Ausbildungsschwerpunkt auf ein schnelles, pragmatisches Training ausgerichtet. Fragen nach dem Vertrauen ins System blieben zum Teil unbeantwortet, so dass eine Überwachung unverzichtbar sei. Die klassische Hierarchie beim Militär sei jedoch zugunsten flacherer Entscheidungsebenen mit größeren Spielräumen für jeden Einzelnen bewusst aufgeweicht worden.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Den technologischen Fortschritt der NATO wahren: strategische Anpassung und Forschung und Entwicklung im Bereich der Verteidigung“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abgeordneter Thomas Marino (Vereinigte Staaten)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Thomas Marino** (Vereinigte Staaten) brachte zunächst sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die NATO bei der rasanten technologischen Entwicklung hinterherhinke und damit das strategische Gleichgewicht gefährdet sei. Der Privatsektor treibe die Innovation voran und die NATO müsse darüber Klarheit gewinnen, wie sie sich der veränderten Wissenschaftslandschaft anpasse. Dabei sei es elementar, dass die Verbündeten Informationen und gewonnene Erfahrungen untereinander teilten.

Abgeordneter **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) erläuterte, dass China und Russland die Konkurrenten der NATO seien – China kopiere gerne und Russland subventioniere die Technologiebranche massiv. Abgeordneter **Thomas Marino** warb dafür, dass die privaten Firmen stärker eingebunden werden müssten, weil ihre Kreativität und Erfindungsgabe einen deutlichen Mehrwert generierten.

Der Generalbericht wurde einstimmig und die dazugehörige Entschließung nach Erörterung einzelner Änderungsanträge ebenso angenommen.

III. Beratung des Sonderberichtsentwurfs zum Thema „Ernährungs- und Wassersicherheit im Nahen Osten und Nordafrika“, vorgelegt von Sonderberichterstatterin Senatorin Maria Martens (Niederlande)

Zunächst erinnerte Sonderberichterstatterin Senatorin **Maria Martens** (Niederlande) ihre Ausschusskollegen daran, dass neben der Verteidigung die NATO auch den Zielen Konfliktverhütung und Stabilität verpflichtet sei; die MENA-Region in ihrer südlichen Nachbarschaft sei davon nicht ausgenommen. Der Jemen – um nur ein Beispiel zu nennen – versinnbildliche die katastrophalen Auswirkungen von hohem Bevölkerungswachstum, Agrarmissmanagement, schwacher Regierungsführung und Klimaanfälligkeit. Abhilfe könne mit nachhaltiger Landwirtschaft, Wasserwiederverwertung und -aufarbeitung und durch die Optimierung von Lebensmittelimporten geschaffen werden.

Abgeordneter **Domenico Scilipoti Isgro** (Italien) bekräftigte die Schlussfolgerungen der Berichterstatterin und ergänzte, dass die EU in der Region in nachhaltige Forschung, zum Beispiel Wasserverwendung und Landwirtschaft, investiere.

Die Ausschussmitglieder verabschiedeten den Bericht einstimmig.

IV. Podiumsdiskussion zum Internet der Dinge (IoT) in Verbindung mit dem Berichtsentwurf des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ zum Thema „Internet der Dinge: Verheißungen und Gefahren einer riskanten Technologie“, vorgelegt von Berichterstatter Abgeordneter Matej Tonin (Slowenien), sowie Vortrag von Stefan-Ciprian Arseni, Wissenschaftler an der rumänischen *Military Equipment and Technology Research Agency*, über „Die militärischen Anwendungen des Internets der Dinge“

Berichterstatter Abgeordneter **Matej Tonin** (Slowenien) begann seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, dass das Internet der Dinge (IoT) einen wachsenden Einfluss auf unseren Alltag gewinne; bis 2025 rechne man mit 80 Milliarden *Smart Devices*. Diese Technologie werde das Leben verändern und spiele auch bei der Verteidigung eine immer wichtigere Rolle. Neben den Vorteilen für den Verbraucher berge das IoT jedoch auch dadurch Gefahren, dass staatliche wie nicht staatliche Akteure Daten hackten. So komme dem Schutz von IoT-Netzwerken eine immense Bedeutung zu, worauf der Gesetzgeber rasch reagieren müsse. Das hätten bislang nur wenige Länder getan – auch auf EU-Ebene sei noch nichts geschehen. Zukünftig müsse man ferner darauf achten, dass IoT-Technologien standardisiert werden. Schließlich müsse eine Balance gefunden werden zwischen dem Schutz von IoT und dem Investitionsinteresse der Wirtschaft.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Stefan-Ciprian Arseni erläuterte, dass seine Institution sich mit dem IoT im militärischen Bereich befasse. Schwerpunkte der Arbeit seien die Untersuchung von Szenarien für die IoT-Anwendung und die Entwicklung einer entsprechende Architektur, Analyse der Chancen und Risiken von IoT und Diskussionen darüber zu moderieren, in die neben der militärischen Seite auch die zivile Ebene einbezogen werde. Bei einer internationalen Konferenz im Jahr 2017 sei erstmals ein Szenario für eine IoT-Anwendung praktisch getestet worden.

Der Ausschuss billigte den Bericht des Abgeordneten Matej Tonin.

X. Wahl der Mandatsträger

Für den Vorsitz des Hauptausschusses wurdne Senatorin **Maria Martens** (Niederlande) zur Vorsitzenden, Abgeordneter **Domenico Scilipoti Isgro** (Italien) sowie die Abgeordneten **Ziya Pir** (Türkei) und **Bruno Vitorino** (Portugal) zu ihren Stellvertretern, Abgeordnete **Susan Davis** (Vereinigte Staaten) zur Generalberichterstatterin und Abgeordnete **Leona Alleslev** (Kanada) zur Sonderberichterstatterin gewählt.

Auch der Vorsitz des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ war neu zu besetzen, wofür Abgeordneter **Hannes Hanso** (Estland) die Unterstützung seiner Ausschusskolleginnen und -kollegen bekam. Zu seinen Stellvertretern wurden die Abgeordneten **Jean-Christophe Lagarde** (Frankreich), **Roberto Morassut** (Italien) und **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich) und zum Berichterstatter Abgeordneter **Matej Tonin** (Slowenien) gewählt.

XI. Zukünftige Aktivitäten

Die Vorsitzende, Senatorin **Maria Martens** (Niederlande), informierte die Ausschusskollegen über die im Jahr 2018 geplanten Besuche. Der Hauptausschuss plane Besuche im Silicon Valley und der Unterausschuss „Technologietrends und Sicherheit“ *Fact Finding Missions* nach Norwegen und in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE).

8. Plenarsitzung

Am Montag, 9. Oktober 2017, fand unter Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter **Paolo Alli** (Italien), die Plenarsitzung in Bukarest statt.

I. Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter Paolo Alli (Italien)

Der Präsident der NATO PV, Abgeordneter **Paolo Alli** (Italien), betonte in seiner Rede die Bedeutung parlamentarischer Diplomatie als essenzielle Komponente der Regierungskooperation. Die rechtswidrige Annexion der Krim durch die Russische Föderation und ihr strategisches Tätigwerden in einigen Mitgliedsländern der Allianz seien einige der Konfliktfelder, die die NATO beschäftigten. Auch die südlichen Grenzen des Bündnisraumes seien durch stete terroristische Bedrohung von Instabilität geprägt. Diese sicherheitspolitischen und humanitären Herausforderungen könnten nur durch effiziente Kooperation gelöst werden. Er sprach sich für eine enge Zusammenarbeit mit allen Ländern und Institutionen in Afrika und im Nahen Osten aus. Es sei eine der wichtigsten Lehren aus dem Engagement der NATO in Afghanistan, dass die Schaffung von Bedingungen für langfristige Stabilität Zeit brauche und nur erreicht werden könne, wenn lokale Institutionen dabei unterstützt würden, die notwendigen Instrumente zu entwickeln, um die Sicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten. Das Bündnis habe eine besondere Verantwortung für den westlichen Balkan und müsse seinen Weg zur euroatlantischen Integration weiterhin unterstützen.

II. Ansprache des Präsidenten von Rumänien, Klaus Johannis

Der rumänische Präsident **Klaus Johannis** erklärte in seiner Ansprache, die NATO suche keine Konfrontationen und stelle keine Bedrohung für Russland dar. Für die Ausrichtung der Beziehung der NATO zu Russland sei eine Langzeitstrategie notwendig, die den Dialog und eine starke Verteidigungsstrategie beinhalten solle. Er forderte die Stärkung der erweiterten Präsenz der NATO an der Ostflanke, insbesondere an der Südostgrenze und am Schwarzen Meer. Darüber hinaus müssten die bislang unterschiedlichen Maßnahmen an der Nord- und Südgrenze angeglichen und eine einheitliche, erweiterte, starke, dauerhafte und zuverlässige NATO-Präsenz geschaffen werden.

III. Ansprache des Präsidenten des rumänischen Senats, Călin Popescu-Tăriceanu

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Der Präsident des rumänischen Senats, **Călin Popescu-Tăriceanu**, sprach sich für eine faire Aufteilung der Verteidigungskosten innerhalb der Bündnispartner aus. Er legte dar, dass Sicherheit zu Hause beginne. Unter Verweis auf die angespannte Lage in der Schwarzmeerregion erklärte er, in der Schwarzmeerzone kreuzten sich die Bedrohungen aus dem Osten und dem Süden der Allianz.

IV. Ansprache des Präsidenten der rumänischen Abgeordnetenkammer, Liviu Dragnea

Der rumänische Parlamentspräsident, **Liviu Dragnea**, unterstrich das Interesse seines Landes an einer starken Allianz unter Einschluss einer komplementären und effizienten Zusammenarbeit mit der EU.

V. Ansprache des NATO-Generalsekretärs und Vorsitzenden des Nordatlantikrates, Jens Stoltenberg, mit anschließender Fragerunde

NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** betonte, die NATO sei ein Bündnis, das seinen Verpflichtungen nachkomme. Gegenwärtig passe sich die Allianz der veränderten Sicherheitslage an, baue ihre Präsenz im Osten aus, stärke sie im Süden und erhöhe ihre Resilienz gegenüber Cyber- und Hybridangriffen. Aufgrund der russischen Aggression in der Ukraine und des militärischen Aufwuchses im Osten habe die NATO die Patrouillen durch das Bündnisgebiet verstärkt, zugleich zeige sie Dialogbereitschaft mit Russland. Die NATO beabsichtige nicht, Russland zu isolieren. Das Bündnis sei ferner mit einer Vielzahl von Herausforderungen – angefangen bei Afghanistan bis hin zum Norden Afrikas – konfrontiert. Der NATO-Einsatz in Afghanistan sei der größte in der Geschichte des Bündnisses und die dort stationierten Einheiten seien bei der Ausbildung afghanischer Soldaten erfolgreich. Er warnte vor einem zu frühen Abzug aus Afghanistan. Die Terrorgruppen dürften nicht wieder erstarken. Um auf hybride Herausforderungen rascher und effizienter reagieren zu können, habe die NATO in Kooperation mit der EU in Helsinki das *Hybrid Centre of Excellence* errichtet. Das Zentrum sei ein Beispiel für die verstärkte Zusammenarbeit beider Institutionen. Das Bündnis habe sich 2014 beim Gipfel von Wales auf das Zwei-Prozent-Ziel verständigt und sei dem Ziel in den vergangenen drei Jahren näher gekommen. Allerdings sollten die für die Landesverteidigung aufgewendeten Ressourcen in den einzelnen Ländern besser investiert und gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen umgesetzt werden. Abschließend dankte der NATO-Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung für ihre entscheidende Rolle bei der Fortentwicklung der NATO.

Abgeordneter **Miro Kovač** (Kroatien) erkundigte sich, ob die Kooperation im Bündnis angesichts der großen Bedrohung durch Cyberangriffe ausreiche und ob die drei Akteure – NATO, EU und Nationalstaaten – bei der Cyberabwehr effizient vernetzt seien. NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** unterstrich das Kooperationserfordernis und verwies auf die zwischen NATO und EU getroffene Vereinbarung, aufgrund derer die Experten beider Institutionen ihr Fachwissen austauschen und anwenden können. Handlungsbedarf sah er bei der Einbindung nationaler Fähigkeiten in den NATO-Rahmen. Auf den Hinweis von Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich), dass es einer größeren Verteidigungsautonomie Europas bedürfe, welche die NATO-Verpflichtungen berücksichtige, entgegnete **Jens Stoltenberg**, dass die EU-NATO-Kooperation eine neue Qualität erreicht habe. Es fänden gemeinsame Manöver und militärische Einsätze statt. Er begrüße die europäischen Bemühungen um eine Stärkung der Verteidigung, bessere Ausbildung und Koordinierung. Er sehe die Anstrengungen nicht als Alternative zur NATO, sondern als integralen Teil der Allianz. Abgeordneter **Mike Turner** (Vereinigte Staaten) begrüßte die in Wales bestätigte Zwei-Prozent-Verpflichtung der Verbündeten und unterstrich, dass die USA beträchtliche Summen für die Verteidigung ihrer europäischen Verbündeten aufwendeten. Er kritisierte die Hürden bei der Infrastruktur und Bürokratie in den Ländern der Allianz, wenn es darum gehe, Truppen und Gerät in Europa zum Schutz der Verbündeten zu stationieren. Zum Zwei-Prozent-Ziel bemerkte **Jens Stoltenberg**, dass die Verbündeten auf gutem Weg seien, ihr Versprechen einzuhalten. Er erinnerte daran, dass während des Kalten Krieges sogar drei bis vier Prozent für die Verteidigung ausgegeben worden seien. Der Bereitschaftsgrad und die Ausstattung der europäischen Streitkräfte seien deutlich verbessert worden. Hinsichtlich der kritisierten Defizite legte er dar, dass deren Beseitigung ganz oben auf der Prioritätenliste stehe.

Abgeordneter **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland) berichtete von einem Hackerangriff auf die Notfalltelefonleitungen seines Landes während des russischen Manövers „Zapad 2017“, der vermutlich von einem in der Ostsee stationierten Schiff ausgegangen sei. Er bat um Auskunft, ob weitere Erkenntnisse vorlägen und ob – theoretisch – eine derartige Attacke als Angriff gewertet werde. **Jens Stoltenberg** zeigte sich beunruhigt über den Cyberangriff. Der Vorfall müsse untersucht werden und beweise die Dringlichkeit, die Cyberabwehr der NATO zu stärken, was durch zahlreiche Maßnahmen auch geschehe. Der Leiter der deutschen Delegation, Abgeordneter Professor h. c. **Dr. Karl A. Lamers**, stellte fest, dass NATO und EU ihre Kooperation seit dem Warschauer

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Gipfel bereits intensiviert sowie 42 Vorschläge erarbeitet hätten. Er erkundigte sich, ob der Generalsekretär dies für ausreichend erachte. Ferner fragte er, ob angesichts der russischen Attacke auf die *Enhanced Forward Presence* die Allianz ihre Anstrengungen zur Abwehr hybrider Bedrohungen noch intensivieren müsse. **Jens Stoltenberg** unterstrich die Bedeutung der mit der EU verabredeten Maßnahmen, räumte jedoch ein, dass noch mehr unternommen werden müsse und könne. Er forderte ein kosteneffizientes Vorgehen. Im Fall von hybriden Angriffen durch Fehlinformationen könne die NATO zum einen auf seriöse Kontakte zur Presse und zum anderen auf das *Strategic Communication Centre of Excellence* (STRATCOM) rekurrieren. Senator **Lorenzo Battista** (Italien) gab zu bedenken, dass Russland seinen Einfluss auf Nordafrika und den Nahen Osten ausweite, möglicherweise auch in Libyen Fuß fasse, womit Russland einen strategischen Ankerplatz am Mittelmeer besäße. Ferner bat er um eine Einschätzung des Erwerbs des S-400-Systems aus russischer Produktion durch die Türkei. **Jens Stoltenberg** unterstrich, die NATO unterstütze den von den VN geführten Prozess für eine politische Lösung in Libyen. Vor dem Hintergrund der russischen Intervention in Syrien werde Russland intensiv gebeten, den VN-geführten Prozess für eine Friedenslösung zu unterstützen. Zur S-400-System-Beschaffung äußerte sich der NATO-Generalsekretär insofern, als dass die Verbündeten über Beschaffungsmaßnahmen souverän entscheiden könnten. Abgeordnete **Jasna Murgel** (Slowenien) mahnte die Delegierten, den Westbalkan nicht aus dem Blickfeld zu verlieren. Für die Stärkung von Demokratie, Stabilität und Sicherheit sei eine euroatlantische Perspektive unverzichtbar. Montenegro habe ein gutes Zeichen gesetzt. Länder wie Mazedonien dürften nicht zu lange unberücksichtigt gelassen werden, ansonsten seien Spannungen in der Region zu erwarten. **Jens Stoltenberg** bekräftigte, Montenegro habe dank seiner energisch vorangetriebenen Reformen die Voraussetzung zu einem NATO-Beitritt erfüllt. Dieser Weg stehe auch den anderen Aspiranten offen. NATO PV-Präsident **Paolo Alli** (Italien) erkundigte sich, was Partnerländer der NATO tun könnten, um in Syrien Frieden zu schaffen. **Jens Stoltenberg** erinnerte daran, dass die NATO und viele Partnerländer der Koalition zur Bekämpfung des sogenannten IS beigetreten seien, der sowohl in Syrien als auch im Irak erfolgreich bekämpft worden sei. Eine dauerhafte politische Lösung müsse gefunden werden. Die VN bemühten sich intensiv darum. Senator **Bastiaan van Apeldoorn** (Niederlande) äußerte sich kritisch zum seit 16 Jahren andauernden Afghanistan-Engagement der NATO. Er erklärte, tausende Zivilisten und Soldaten seien getötet worden, die Taliban immer noch aktiv und der Wiederaufbau des Landes gehe nur schleppend voran. Er fragte nach der Dauer und den Kriterien für ein erfolgreiches Engagement der NATO. **Jens Stoltenberg** bedauerte die Zahl an Opfern und räumte ein, dass in Afghanistan vieles hätte besser gemacht werden können, beispielsweise hätte viel früher mit der Ausbildung der Sicherheitskräfte begonnen werden müssen. Die Einheiten der NATO seien von einem Kampf- zu einem Ausbildungsmodus übergegangen. Im Jahr 2015 sei die Verantwortung für Afghanistans Sicherheit vollständig in die Hände der Afghanen übergeben worden. Wenigstens sei das Land nicht mehr Rückzugsort für Terroristen.

Abgeordneter **Hannes Hanso** (Estland) erklärte, eine Isolierung Russlands ergebe keinen Sinn. Die gewünschten Reformen könnten ohnehin nur von innen kommen. Was die Weiterentwicklung Europas anbelange, komme der NATO eine wichtige Rolle zu. Besonders Länder wie Georgien und die Ukraine erwarteten positive Signale und ein Licht am Ende des Tunnels, um endlich in den *Membership Action Plan* (MAP) aufgenommen zu werden. **Jens Stoltenberg** antwortete, um Georgien voranzubringen habe die NATO bereits zahlreiche Einrichtungen gegründet und Maßnahmen aufgestellt. Gleiches gelte für die Ukraine, wo auch bilaterale Partnerschaften – zum Beispiel mit Kanada – Unterstützung in unterschiedlichen Bereichen leiste. Unabhängig von einer Aufnahme beider Länder in die NATO seien die dort angestoßenen Reformen für ihre Entwicklung unverzichtbar.

VI. Bericht des Schatzmeisters der Versammlung, Abgeordneter Marc Angel (Luxemburg) und Abstimmung über den Haushalt

Der Präsident der Versammlung, Abgeordneter **Paolo Alli** (Italien), erläuterte in Vertretung des Schatzmeisters der Versammlung, Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) den Jahresbericht 2018 und gab einen Überblick über die Ausgaben der Mittel im laufenden Jahr. Die Finanzierungsdokumente wurden ohne Debatte einstimmig angenommen. Die NATO hat in Folge des NATO-Beitritts Montenegros den Beitragsschlüssel für die Mitgliedstaaten angepasst, den die Versammlung entsprechend übernommen hat. Ab 2018 entfällt auf Deutschland ein Beitrag in Höhe von 14,7638 Prozent. Der deutsche Gesamtbetrag zur Versammlung beläuft sich für 2018 auf 566.586,00 Euro.

VII. Beratung der Entschließungsentwürfe

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Entschließungsentwürfe „**Die Bekämpfung von Desinformationen und der Militarisierung von Informationen“** und „**Stabilität und Sicherheit in der Schwarzmeerregion“** des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit sowie der Entschließungsentwurf „**Die Unterstützung der Nationalen Afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte“** des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit wurden vorgestellt und nach einer Aussprache verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „**Eine engere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU“** des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit und der Entschließungsentwurf „**Die rüstungswirtschaftliche Basis in Europa**“ des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit wurden vorgestellt und nach kurzer Aussprache angenommen.

Die beiden Entschließungsentwürfe „**Die Bekämpfung der Herausforderungen aus dem Süden**“ und „**Lastenteilung – Einhaltung der Zusagen“** des Politischen Ausschusses wurden vorgestellt und nach Annahme von Änderungsanträgen angenommen.

Der Entschließungsentwurf „**Den technologischen Vorsprung der NATO bewahren“** des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie wurde vorgestellt und ohne Aussprache angenommen.

VIII. Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten sowie des Schatzmeisters der Versammlung

Der amtierende Präsident, **Paolo Alli** (Italien), wurde vom Plenum per Akklamation wiedergewählt. Ebenso per Akklamation wurden die amtierenden Vizepräsidenten Abgeordneter **Joseph A. Day** (Kanada), Abgeordnete **Rasa Jukneviviene** (Litauen), Abgeordneter **Metin Lutfi Baydar** (Türkei) und Lord **Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich) wiedergewählt. Abgeordneter **Vitalino Canas** (Portugal) wurde zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Abgeordneter **Marc Angel (Luxemburg)** wurde in Abwesenheit per Akklamation erneut zum Schatzmeister der Versammlung gewählt.

Berlin, den 21. Oktober 2019

Professor h. c. Dr. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier
Leiter der Delegation des Bundesrates

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abkürzungsverzeichnis

ASEAN	Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen)
CREAS	Centre for Russia Europe Asia Studies
EU	Europäische Union
F&E	Forschung und Entwicklung
GPS	Globales Positionsbestimmungssystem
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
IoT	Internet of Things (Internet der Dinge)
IS	Islamischer Staat
IT	Informationstechnik
KI	Künstliche Intelligenz
MAP	Membership Action Plan (Aktionsplan zur Mitgliedschaft)
MENA	Middle East and North Africa (Naher Osten und Nordafrika)
MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertrags-Organisation)
NIAG	NATO Industrial Advisory Group
NATO PV	Parlamentarische Versammlung der NATO
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RUSI	Royal United Services Institute
STRATCOM	Strategic Communication Centre of Excellence
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
VN	Vereinte Nationen

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage

Entschließung 436

DIE BEKÄMPFUNG VON DESINFORMATIONEN UND DER MILITARISIERUNG VON INFORMATIONEN*

Die Versammlung,

1. ***unter Berücksichtigung*** der Tatsache, dass die rasche Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien die Kräfte der Globalisierung vorangetrieben und sich erheblich auf alle Aspekte des Lebens ausgewirkt hat, darunter die aktuellen politischen Systeme, die internationalen Beziehungen und die globale Sicherheit, wodurch Begriffe wie Datenschutz, Identität und nationale Grenzen unter Druck geraten sind;

2. ***zur Kenntnis nehmend***, dass das bemerkenswerte Wachstum der sozialen Medien in den letzten Jahren die Kosten verringert hat, die den Menschen für die Organisation und Kommunikation untereinander und mit ihren Regierungen entstehen, was zur Bereicherung des demokratischen Diskurses sowie zu mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten für Menschenrechts- und Antikorruptionsaktivisten in autoritären Ländern geführt hat;

3. indessen ***besorgt***, dass gleichzeitig die aktuellen Entwicklungen im Informationsbereich die Verbreitung falscher und Unruhe stiftender Berichte befördern und dazu führen, dass Nutzer in ihrer ideologischen Filterblase verharren und sich denjenigen, die versuchen, die liberale und demokratische Weltordnung zu sprengen, neue Möglichkeiten eröffnen;

4. ***besorgt*** über Russlands Strategie zur Militarisierung von Informationen und Durchführung geschickter und mit großzügigen finanziellen Mitteln ausgestatteter Desinformations- und Einschüchterungskampagnen, mit denen die euroatlantischen Demokratien geschwächt, gespalten und destabilisiert, das Vertrauen in ihre staatlichen Institutionen, Wahlsysteme, etablierten Medien und die euroatlantische Solidarität untergraben und ihr soziales Gefüge zerstört sowie der euroatlantische Integrationsprozess torpediert werden sollen;

5. ***äußerst beunruhigt*** über die zunehmende Nutzung des Internets durch nichtstaatliche Akteure wie Terrororganisationen zum Zwecke der Rekrutierung, Propaganda, Mittelbeschaffung, Kommunikation und Führung, und ***insbesondere*** die technologische Kompetenz und Anpassungsfähigkeit der Terrororganisation Daesh im Hinblick auf ihre Online-Aktivitäten ***zur Kenntnis nehmend***;

6. ***unter Begrüßung*** der wichtigen Schritte seitens der euroatlantischen Institutionen, nationaler Regierungen, traditioneller Medienunternehmen und sozialer Medien sowie zivilgesellschaftlicher Aktivisten zur Bekämpfung der Militarisierung von Informationen, beispielsweise durch die Stärkung der *Public Diplomacy Division* der NATO und die Etablierung des *Strategic Communications Centre of Excellence* der NATO und die Stärkung der *East Stratcom Task Force* des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der Europol-Meldestelle für Internetinhalte der Europäischen Union, der Zentren gegen hybride Bedrohungen in Prag und Helsinki und des Globalen Internetforums zur Terrorbekämpfung der Branche der sozialen Medien;

7. indessen ***herausstellend***, dass die Reaktion der euroatlantischen Gemeinschaft auf die Militarisierung von Informationen bislang planlos und unentschlossen war und keine ausreichenden Mittel dafür zur Verfügung standen;

8. ***überzeugt***, dass die Grundsätze der Offenheit, des Pluralismus und der Einbeziehung aller Beteiligten entscheidend für die Aufgabe sind, Wahrheit und Lüge zu unterscheiden;

9. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. spezielle Einheiten zur ständigen Überwachung der missbräuchlichen Nutzung von Online-Plattformen – gemeinsam mit privaten Medienunternehmen und der Zivilgesellschaft – zu benennen oder einzurichten, um "Fake News" und feindlicher Propaganda Fakten entgegenzusetzen und dabei die Grundfreiheiten zu achten;

* Vom Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 9. Oktober 2017, in Bukarest (Rumänien) verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

b. die Unterstützung für NATO-Institutionen und weitere gemeinsame Institutionen und Fähigkeiten in der Informationssphäre, darunter die *Public Diplomacy Division* der NATO und einschlägige Exzellenzzentren, auszubauen und deren angemessene Finanzierung zu gewährleisten;

c. dafür zu sorgen, dass die euroatlantischen Institutionen und Streitkräfte routinemäßig ihre Politik im Hinblick auf die sozialen Medien überprüfen, Inhalte und das Format ihrer Kommunikation an die Bedürfnisse von Nutzern mobiler Endgeräte anpassen, Aspekte betreffend soziale Medien in die Ausbildungs- und Übungsmaßnahmen ihres Personals einbeziehen und die Kapazitäten zur Nutzung von sozialen Medien auf allen Befehlsebenen schaffen;

d. sich über bestmögliche Verfahren zum Schutz des Wahlprozesses, der politischen Parteien und der Wahlkommissionen vor Desinformationskampagnen und Cyber-Angriffen auszutauschen;

e. die Modernisierung journalistischer Standards zu unterstützen, um der Bedrohung durch so genannte "Fake News" zu begegnen und darüber hinaus die Bedeutung faktenbasierter Analysen stärker zu betonen, und sich für unabhängigen investigativen Journalismus einzusetzen, der zum öffentlichen Diskurs beiträgt und dem öffentlichen Interesse dient;

f. gleichwohl auch in Zukunft bestimmte restriktive Maßnahmen anzuwenden, um die Online-Aktivitäten von Terroristen sowie staatlich finanzierten Desinformations- und Einschüchterungskampagnen einzuschränken; dies beinhaltet die Entfernung extremistischer Inhalte - in enger Zusammenarbeit mit privaten Medienunternehmen - und die Verhängung internationaler Sanktionen gegen Personen, die von Russland Geld zwecks Militarisierung von Informationen erhalten;

g. Medienunternehmen einschließlich der sozialen Medien zu unterstützen und ihnen finanzielle Anreize zu bieten, um sie besser in die Lage zu versetzen, rechtswidrige Inhalte zu entfernen, Software zur Bekämpfung von 'Trolls' und zur Überprüfung von Fakten zu entwickeln und Algorithmen zur Stärkung des professionellen Journalismus und zum Schutz der Nutzer sozialer Medien vor Online-Belästigungen zu adaptieren;

h. mehr in die Aufklärung der Bürger und die Entwicklung digitaler Kompetenzen im Hinblick auf die Fähigkeit zur Unterscheidung zwischen verlässlichen und unzuverlässigen Quellen und Erkennung von 'Trolls' und 'Bots' zu investieren sowie die Bedeutung von echten, auf Tatsachen begründeten Debatten und von kritischem Denken zu betonen;

i. die Unterstützung beim Kapazitätenaufbau gegenüber den Partnerländern einschließlich Georgien, der Republik Moldau, der Ukraine und der Westbalkanstaaten im Bereich der strategischen Kommunikation auszubauen;

j. die skrupellosen Methoden der Gegner nicht zu übernehmen und die Rolle von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bürgerinitiativen, zum Beispiel freiwilligen 'Elfen', bei der Bekämpfung von Terrorismus und "Fake News" zu unterstützen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Entschließung 437

DIE STABILITÄT UND SICHERHEIT IN DER SCHWARZMEERREGION*

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung*** der Bedeutung der Schwarzmeerregion für die euroatlantische und globale Sicherheit sowie der Notwendigkeit, den Dialog und die Zusammenarbeit unter den Schwarzmeeranrainern und innerhalb des Bündnisses hinsichtlich der Sicherheit im Schwarzen Meer auf der Grundlage der Grundsätze der Transparenz, Komplementarität und Einbeziehung aller Akteure fortzuführen;

2. ***in großer Sorge*** über die verschärften Spannungen in der Region und ***unter Verurteilung*** der unrechtmäßigen und widerrechtlichen Annexion der Krim durch Russland, die fortwährende Aggression Russlands gegenüber der Ukraine, die fortwährende widerrechtliche Besetzung der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien durch Russland sowie die erklärte Absicht Russlands, die A2/AD (anti-access/area-denial)-Fähigkeiten im Schwarzen Meer weiter auszubauen;

3. ***die Tatsache bedauernd***, dass diese Spannungen den Aussichten auf eine echte regionale Zusammenarbeit, die alle Anrainerstaaten einbeziehen würde, entgegenstehen;

4. ***unter Begrüßung*** der Verpflichtung der NATO-Verantwortlichen, geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Lagekenntnisse zu treffen, sich mit den Auswirkungen der Entwicklungen in der Region auf die NATO zu befassen und diese bei den Ansätzen und politischen Maßnahmen des Bündnisses zu berücksichtigen und gegebenenfalls die regionalen Anstrengungen der Schwarzmeer-Anrainerstaaten zu unterstützen, deren Ziel die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität und Stärkung von Dialog und Kooperationsbereitschaft mit den Bündnispartnern Georgien und Ukraine ist;

5. ***unter ausdrücklicher Würdigung*** der Beiträge der Länder, die am PfP-Programm ("Partnerschaft für den Frieden") teilnehmen, zu den von der NATO geführten Operationen in der Schwarzmeerregion;

6. ***unter Bekräftigung*** ihrer unmissverständlichen Verurteilung der fortwährenden Verstöße von Seiten Russlands gegen die territoriale Integrität Georgiens und der Ukraine, der gravierenden Menschenrechtsverletzungen in den besetzen Gebieten und der Maßnahmen zur Einschüchterung und Destabilisierung seiner Nachbarn, die engere Verbindungen zu den euroatlantischen Institutionen und den Beitritt zu diesen Institutionen anstreben;

7. ***unter Betonung*** der Bedeutung der Aufrechterhaltung der internationalen Gesetze, die für das Schwarze Meer gelten, insbesondere des Übereinkommens von Montreux;

8. ***beunruhigt*** über den Zustand der Demokratie, Menschenrechte, Medienfreiheit und Rechtsstaatlichkeit in Teilen der Region, der sich auf die regionale Stabilität auswirkt;

9. ***unter Begrüßung*** der Reformprogramme in Georgien und der Ukraine und ihrer signifikanten Erfolge, aber ***eingedenk der Tatsache***, dass der nationale Reformprozess nach wie vor mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert ist;

10. ***unter Hinweis*** auf den Beschluss des NATO-Gipfels 2008 in Bukarest, dass Georgien und die Ukraine Bündnismitglieder werden, und ***unter Bekräftigung*** der entschlossenen Unterstützung für Georgien und die Ukraine im Prozess ihrer euroatlantischen Integration;

11. ***beunruhigt***, dass trotz spürbarer Fortschritte der Republik Moldau bei der Umsetzung ihrer Reformagenda die noch nicht bewältigten Herausforderungen bei der Korruptionsbekämpfung, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Beilegung des Transnistrien-Konflikts sowie der Unruhe stiftende ausländische Einfluss sich negativ auf die Fortschritte des Landes und seine Bestrebungen in Richtung europäischer Integration auswirken;

12. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

---

* Vom Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 9. Oktober 2017, in Bukarest (Rumänien) verabschiedete Entschließung.

a. die vollumfängliche Umsetzung der beim NATO-Gipfel 2016 in Warschau getroffenen Beschlüsse zu gewährleisten;

b. die abgestimmte NATO-Politik gegenüber Russland aktiv zu unterstützen, die - wie auf den Gipfeln von Wales und Warschau vereinbart - auf einer entschlossenen Abschreckung und Verteidigung einschließlich der Schwarzmeerregion und Offenheit gegenüber einem zielführenden und wechselseitigen Dialog beruht;

c. sich mit allen politischen und diplomatischen Mitteln für den Abbau der Spannungen in der Schwarzmeerregion einzusetzen und die regionalen Anstrengungen zu unterstützen, sie zu einer Region des Dialogs und der Zusammenarbeit zu machen;

d. die Präsenz des Bündnisses in der Region weiterhin zu fördern und dabei ihre Verbündeten in der Region und die unterstützenden Partner rückzuversichern, sich für alle Akteure einbeziehende maritime Sicherheitsrahmen für die Region einzusetzen und die allgemeine Einhaltung der internationalen Gesetze und Normen einschließlich des Übereinkommens von Montreux zu verstärken;

e. die strategischen Erörterungen mit Georgien und der Ukraine über die Sicherheit im Schwarzen Meer fortzusetzen, das Engagement Georgiens und der Ukraine bei den Aktivitäten der NATO zur Stärkung der Sicherheit in der Region weiter auszubauen und politische Entscheidungen in Bezug auf die nächsten Schritte zur Umsetzung des Beschlusses des Gipfels von 2008 in Bukarest zu fördern;

f. regionale Maßnahmen, insbesondere die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (BSEC), aufrechtzuerhalten, zu unterstützen und zu fördern und dabei die Eigenverantwortung der Schwarzmeeranrainerstaaten in den Vordergrund zu stellen und den Schwerpunkt auf die Belange der gesamten Region zu legen, zum Beispiel Handel, Tourismus, Bildung, Kultur, Umweltschutz und Bekämpfung des Schmuggels von Menschen, Waffen und Drogen;

g. den zwischenmenschlichen Kontakt in der gesamten Region mithilfe der Entwicklung von Reise- und Verbindungsmöglichkeiten als Mittel zur Unterstützung der Entwicklung einer regionalen Identität zu fördern;

h. die Reformen in Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine einschließlich der Reform des Sicherheitssektors weiterhin zu unterstützen;

i. sich weiterhin für die Förderung der Achtung der Menschenrechte, Medienfreiheit, guten Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit in der Region einzusetzen und im Falle von Rückschlägen bei diesen Themen entschlossen und einstimmig Stellung zu beziehen;

j. die Nichtanerkennung der widerrechtlichen und unrechtmäßigen Annexion der Krim zu bekräftigen und auch in Zukunft die Bedeutung der vollständigen Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk sowie der Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen zu betonen, mit denen die territoriale Integrität der Ukraine vollständig wiederhergestellt und wieder für Stabilität in der Region gesorgt werden soll, und dabei die Maßnahmen zu verstärken, mit denen die Rechte der Krimtataren gesichert und Russland für die Destabilisierung der Ukraine zur Rechenschaft gezogen werden sollen;

k. auch in Zukunft auf der Wiederherstellung der territorialen Integrität Georgiens zu beharren und Russland aufzufordern, sich aus den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zurückzuziehen;

l. eine friedliche Beilegung des Transnistrien-Konflikts unter vollständiger Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen zu unterstützen und die Republik Moldau aufzufordern, auf dem Weg des Fortschritts für alle Bürger der Republik Moldau voranzuschreiten;

m. die EU aufzufordern, ihr Engagement auszuweiten und ihre Politik gegenüber der Schwarzmeerregion zu schärfen und zu diesem Zweck dies als Aktionspunkt im nächsten Aktionsplan für die EU-Strategie für maritime Sicherheit aufzunehmen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Entschließung 438

DIE UNTERSTÜTZUNG DER NATIONALEN AFGHANISCHEN VERTEIDIGUNGS- UND SICHERHEITSKRÄFTE*

Die Versammlung,

1. ***unter Hinweis*** darauf, dass die Hauptaufgabe der NATO in Afghanistan in der Schaffung eines stabilen, friedlichen und prosperierenden Staates besteht, der nie wieder zu einer Quelle der regionalen Unsicherheit oder einem Nährboden für den globalen Terrorismus wird;

2. an den Erfolg des Kampfeinsatzes der Internationalen Streitkräfte zur Förderung der Sicherheit in Afghanistan (ISAF) bei der Beseitigung der brutalen Regierung der Taliban in Afghanistan und der drastischen Schwächung der Präsenz der nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen, die im Land operieren, ***erinnernd*** und ***beunruhigt*** über die Rückschläge für die Nationalen Afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte (ANDSF) in den letzten beiden Jahren seit dem Abzug der ISAF-Truppen, der zu immer größeren Gebietsverlusten an die aufständischen Taliban-Kräfte geführt hat;

3. die NATO-Mitglieder und ihre internationalen Partner daran ***erinnernd***, dass die ISAF-Mission in Afghanistan die längste und größte Mission war, in die alle NATO-Mitglieder und Partner erheblich investiert und bei der sie häufig große Opfer gebracht haben, um die Operationsziele zu erreichen;

4. ***zur Kenntnis nehmend***, dass die *Resolute Support Mission* (RSM) der NATO und weitere finanzielle Beiträge von Seiten der NATO-Mitglieder eine zentrale Rolle bei der Fortsetzung der Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen für die ANDSF vom Führungspersonal bis zum einfachen Soldaten spielen und dass dies dem Schutz des afghanischen Volkes und der Verteidigung seiner Institutionen gegenüber in- und ausländischen Gegnern bis zu dem Zeitpunkt dient, an dem die ANDSF dies eigenständig tun können;

5. ***unter Begrüßung*** der Entscheidung der Regierung der Vereinigen Staaten, ihre Präsenz in Afghanistan zu erhöhen und ihre Truppen zu verpflichten, auch weiterhin eine entscheidende Rolle bei der RSM der NATO und einer separaten Terrorbekämpfungsmission zu spielen;

6. ***in Würdigung*** der Bemühungen der ANDSF, den Kampf gegen die Taliban und die weiteren aufständischen Gruppen in Afghanistan anzuführen, aber ***eingedenk*** des hohen Preises, den der verstärkte Kampf von den ANSDF im Hinblick auf Verluste und Moral fordert;

7. ***unter nachdrücklicher Unterstützung*** des Vierjahres-Fahrplans von Präsident Ashraf Ghani zur Schaffung belastbarer und fähiger nationaler Streitkräfte in Afghanistan, die in der Lage sind, Frieden und Sicherheit zu wahren;

8. ***besorgt*** über den Anstieg der Gewalt im Jahr 2017 und dessen Folgen für die Zivilbevölkerung, die Sicherheitskräfte und die demokratischen Institutionen in Afghanistan sowie in der gesamten Region;

9. ***besonders besorgt*** über die humanitären Folgen der verstärkten Kämpfe in Afghanistan, unter denen besonders Frauen und Kinder leiden und durch die Hunderttausende afghanischer Zivilisten vertrieben werden und der Strom der Flüchtlinge, die aus dem Land fliehen, immer größer wird;

10. ***in Anerkennung*** der Regierung der nationalen Einheit Afghanistans als die wichtigste Grundlage für die Verwirklichung von guter Staatsführung und Sicherheit mithilfe vereinter, transparenter und fähiger Institutionen;

11. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass die regionale politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung der humanitären und sicherheitspolitischen Lage in Afghanistan spielen wird, und ***in Würdigung*** des Kabul-Prozesses für Friedens- und Sicherheitszusammenarbeit von Präsident Ghani als willkommenes Zeichen der verstärkten regionalen Zusammenarbeit;

---

* Vom Ausschuss Verteidigung und Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 9. Oktober 2017, in Bukarest (Rumänien) verabschiedete Entschließung

12. alle Parteien, die ein friedliches, stabiles und demokratisches Afghanistan anstreben, ***nachdrücklich auffordernd***, den von den Afghanen angeführten und von den Afghanen gestalteten Friedens- und Versöhnungsprozess zu unterstützen, um die Mittel zur Schaffung eines dauerhaften Friedens zu finden;

13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der an der RSM beteiligten Länder **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. ihre Verpflichtungen gegenüber der RSM beizubehalten oder zu erwägen, diese zu erweitern, um vor Ort die Voraussetzungen für eine starke und unabhängige afghanische Regierung und die Übernahmen der vollständigen Kontrolle über die Bevölkerungsgruppen und Gebiete des Landes durch die ANDSF zu schaffen;

b. regionale Akteure, die entsprechende Bereitschaft zeigen, in die Bekämpfung der Kräfte einzubinden, die versuchen, die Regierung der nationalen Einheit zu stürzen und das afghanische Volk zu spalten;

14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses sowie die NATO-Partner **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die afghanische Regierung bei ihren Bemühungen um die Stärkungen der guten Staatsführung zu unterstützen, beispielsweise durch Verbesserung der Transparenz, Korruptionsbekämpfung, Umsetzung von Wahlreformen und die Stärkung der Mitgestaltungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen;

15. **FORDERT** die Regierung und das Parlament Afghanistans **AUF**,

a. sich entschlossen für die Unterstützung des Vierjahres-Fahrplans von Präsident Ghani als wichtigstes Mittel zur Stärkung der Position der ANDSF bei der nationalen Sicherheit durch die Schaffung von Sicherheitskräften mit einer starken Führung, transparenten Prozessen und fähigen Soldaten einzusetzen und diesen im gebotenen Maß zu kontrollieren;

b. als führende demokratische Institutionen im Land, die die Interessen aller afghanischen Bürger vertreten und fördern, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Entschließung 439

EINE ENGERE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN NATO UND EU*

Die Versammlung,

1. ***eingedenk*** der immer größer werdenden Herausforderungen für die euroatlantische Sicherheit, die insbesondere aus dem Osten und Süden kommen, aber auch auf die Ausbreitung von Terrorismus und hybriden Taktiken zurückzuführen sind, die die nationale Sicherheit im gesamten Bündnis destabilisieren;

2. ***die Auffassung vertretend,*** dass die NATO der Eckpfeiler der Sicherheit bleiben wird, aber überzeugt, dass eine stärkere europäische Sicherheit für die Interessen und Ziele der NATO notwendig ist und diese ergänzt;

3. ***überzeugt***, dass sich die Bemühungen der EU, die Aufmerksamkeit stärker auf die Sicherheitsinstitutionen der Mitgliedstaaten, die internationale Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen und die rüstungsindustrielle Basis Europas zu richten, mit dem Schwerpunkt der NATO auf das Thema Lastenverteilung überschneiden;

4. ***zuversichtlich***, dass das Umfeld reif für eine besser strukturierte und fähige Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU zum beiderseitigen Vorteil ist, und gleichzeitig ***in Anerkennung*** der wesentlichen Rolle, die die Nicht-EU-Mitglieder innerhalb des transatlantischen Bündnisses spielen;

* Vom Ausschuss Verteidigung und Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 9. Oktober 2017, in Bukarest (Rumänien) verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5. ***ermutigt*** durch die aktuellen Bemühungen des Bündnisses und der Europäischen Union, ihre Kooperationsagenda nach vorn zu bringen, insbesondere seit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung durch beide Organisationen beim Gipfel von Warschau im Jahr 2016;

6. ***in Übereinstimmung*** mit der in der Gemeinsamen Erklärung vorgenommenen Festlegung von sieben Bereichen, auf denen der Schwerpunkt der verstärkten Zusammenarbeit liegt, zum Beispiel hybride Bedrohungen, Seeoperationen, Verteidigungsindustrie und Forschung, Cyber-Sicherheit, Übungen und Kapazitätsaufbau;

7. ***zur Kenntnis nehmend,*** dass die Vertreter der NATO und der EU darüber hinaus gemeinsam 42 Vorschläge erarbeitet haben, mit denen sichergestellt werden soll, dass beide Organisationen die gleiche Sichtweise in Bezug auf aktuelle und künftige Sicherheitsbedrohungen haben; mit einander ergänzenden Strategien arbeiten und sich für eine einheitliche Reaktion auf gemeinsame sicherheitspolitische Herausforderungen einsetzen;

8. ***zuversichtlich,*** dass die Impulse für den Aufbau einer fähigen Partnerschaft bereits in den Bereichen der gemeinsamen Fähigkeitenentwicklung, Terrorismusbekämpfung, Cyber-Sicherheit und Abschwächung der negativen Effekte hybrider Taktiken gegeben sind;

9. ***ermutigt*** durch die bestehende Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU in operativen Bereichen, was sich aktuell an den Beispielen der NATO-Operation Sea Guardian und der EU-Operation Sophia im Mittelmeer manifestiert;

10. die unlängst angekündigten Initiativen ***lobend***, zum Beispiel den Europäischen Verteidigungsfonds, die dauerhafte strukturierte Zusammenarbeit der EU und das gemeinsame Exzellenzzentrum für die Bekämpfung hybrider Bedrohungen von EU und NATO sowie weitere Exzellenzzentren und Zellen für den Umgang mit den Herausforderungen des Terrorismus und der Cyber-Sicherheit;

11. ***eingedenk*** der nach wie vor bestehenden Hürden, die einer engeren Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU entgegenstehen, insbesondere der diplomatischen Differenzen zwischen den NATO- und EU-Mitgliedstaaten, zum Beispiel zwischen Griechenland und der Türkei über den künftigen Status von Zypern, gleichwohl nach wie vor zuversichtlich, dass diese Hürden vor dem Hintergrund der allgemeinen beiderseitigen Interessen im schwierigen internationalen Sicherheitsumfeld von heute überwunden werden können;

12. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten der NATO und der Europäischen Union **NACHDRÜCKLICH AUF**,

c. die aktuellen Anstrengungen zur Zusammenführung der sicherheitspolitischen Prioritäten von NATO und EU im Bereich der gemeinsamen Fähigkeitenentwicklung sowie die kooperativen Maßnahmen bei der Terrorismusbekämpfung, der Cyber-Sicherheit und den hybriden Lagebildern und der Verteidigung zu fördern;

d. die diplomatischen Bemühungen um die Überwindung der vorhandenen Hürden für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU voranzubringen;

e. nach Möglichkeiten zur Förderung der erweiterten transatlantischen rüstungsindustriellen Zusammenarbeit zu suchen, die die Breite und Tiefe der wirtschaftlichen Chancen verstärkt, die sich durch die gemeinsame Fähigkeitenentwicklung bieten;

f. gemeinsame Übungsinitiativen von NATO und EU, zum Beispiel parallele und koordinierte Übungen, zu unterstützen;

g. die Regierung der nationalen Einheit in Libyen zu unterstützen und alle Dialogbemühungen zur Erleichterung der Stabilisierung und Einigung des Landes zu fördern;

13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Europäischen Union **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. den Europäischen Verteidigungsfonds in vollem Umfang zu finanzieren und ihm somit die Erreichung seiner Ziele der Verbesserung der innereuropäischen Fähigkeitenentwicklung zu ermöglichen;

b. die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit zu unterstützen, die die Ausweitung von Übungsmöglichkeiten unter den Streitkräften der EU-Mitgliedstaaten und dadurch gemeinsame Streitkräfte mit erhöhter Einsatzbereitschaft ermöglicht;

c. zu den neuen Impulsen zur Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU beizutragen;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

d. auch weiterhin Initiativen zu unterstützen, mit denen Investitionen in die jeweiligen nationalen Sicherheitsinstitutionen getätigt und diese verbessert werden sollen, wodurch ihre Fähigkeit kontinuierlich gestärkt werden soll, in erheblichem Umfang zur europäischen und transatlantischen Sicherheit beizutragen.

Entschließung 440

DIE RÜSTUNGSWIRTSCHAFTLICHE BASIS IN EUROPA*

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass sich die transatlantische Sicherheitsgleichung und die Rüstungsmärkte, die zur Erfüllung kollektiver militärischer Anforderungen beitragen, aufgrund der zunehmenden Instabilität um Europa herum, der politischen Bedrohungen für die transatlantische Gemeinschaft, der steigenden Kosten für große militärische Plattformen und der Unzulänglichkeit rein nationaler Ansätze in Verteidigungsplanung und Beschaffung verändert haben;

2. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass die NATO-Mitglieder zwar vereinbart haben, zwei Prozent ihres jeweiligen BIP für Verteidigungszwecke und mindestens 20 Prozent ihrer Verteidigungshaushalte für Investitionen auszugeben, aber größere Sorgfalt vonnöten ist, um dafür zu sorgen, dass die Rüstungsmärkte so strukturiert sind, dass diese Ziele erreicht werden;

3. ***zur Kenntnis nehmend***, dass die Entwicklung echter Fähigkeiten nicht nur eine Frage der Verteidigungsausgaben ist, sondern der Schwerpunkt dabei auch auf die Wirtschaftlichkeit gelegt werden muss, und zwar durch "Pooling and Sharing", nationale Spezialisierung, gezielte Investitionen und eine vertiefte internationale rüstungsindustrielle Zusammenarbeit;

4. ***unter Hinweis darauf***, dass die NATO und die EU eine gemeinsame Erklärung beim Gipfel von Warschau unterzeichnet haben, mit der ihre Partnerschaft einen weiteren Schritt nach vorn gebracht wird und in der Wege aufgezeigt werden, um die Rüstungswirtschaft in den Ländern des Bündnisses zu stärken, die Verteidigungsforschung zu fördern und die Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie sowohl in Europa als auch über den Atlantik hinweg zu forcieren;

5. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass die EU-Mitgliedstaaten zusammengenommen hinter den USA die weltweit höchsten Verteidigungsausgaben tätigen, obwohl die markttechnische und politische Fragmentierung zu den erheblichen Fähigkeitendefiziten Europas beitragen;

6. ***die Tatsache bedauernd***, dass der fortwährende rüstungsindustrielle Protektionismus den Steuerzahlern in Europa enorme Lasten aufbürdet, da ihre Regierungen häufig Ausrüstung von kleinen und teuren nationalen Unternehmen beschaffen, die nicht von Größenvorteilen profitieren;

7. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass der rüstungsindustrielle Sektor in Europa durch zu viele Rüstungsfirmen, zu viele unterschiedliche Anforderungen seitens der europäischen Regierungen an die von diesen Firmen entwickelten und vertriebenen Systeme sowie dem fortbestehenden nationalen Instinkt gekennzeichnet ist, Firmen zu schützen, die zu klein und damit global nicht wettbewerbsfähig sind;

8. darüber hinaus ***zur Kenntnis nehmend***, dass rüstungsindustrieller Protektionismus ein höchst ineffizientes und kostspieliges Instrument zur Rettung von Arbeitsplätzen in einer Volkswirtschaft ist;

9. ***feststellend***, dass in den Vereinigten Staaten im Laufe der beiden vergangenen Jahrzehnte ernsthafte Restrukturierungsmaßnahmen in der Rüstungsindustrie durchgeführt wurden, um Kapazitäten zu reduzieren und kleine Unternehmen in größere Unternehmen zu überführen, wodurch diese Unternehmen weniger abhängig von den im jeweiligen Sektor herrschenden Bedingungen und gleichzeitig auf den nationalen und internationalen Märkten konkurrenzfähiger sind;

* Vom Ausschuss Verteidigung und Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 9. Oktober 2017, in Bukarest (Rumänien) verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

10. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass die einstmals klare Trennlinie zwischen kommerziellen Märkten und Rüstungsmärkten nicht mehr gegeben ist, da militärisches Gerät heute einen steigenden Anteil an *dual-use*-Technologien aufweist, die für kommerzielle Märkte entwickelt werden;

11. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass der Zuständigkeitsbereich der EU im Bereich der Verteidigungsmärkte nach Artikel 346 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union begrenzt ist, der den Mitgliedstaaten ermöglicht, ihre Sicherheitsinteressen im Zusammenhang mit der Herstellung von und dem Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial zu schützen;

12. ***unter Begrüßung*** des zunehmenden Interesses der EU an der Vertiefung der rüstungsindustriellen Zusammenarbeit auf dem Kontinent;

13. ***unter Hinweis darauf***, dass Europa über viele der für die Unterstützung der Marktkonsolidierung notwendigen Instrumente verfügt und Mittel für Grundlagenforschung und angewandte Forschung generiert, die technologische Erkenntnisse mit potenziellen militärischen Auswirkungen hervorbringen können;

14. ***zur Kenntnis nehmend***, dass die Europäische Verteidigungsagentur entschlossen ist, die rüstungsindustrielle Zusammenarbeit in Europa, die Entwicklung der für künftige Schlachtfelder notwendigen Fähigkeiten und eine stärkere Integration der europäischen Verteidigungsmärkte zu unterstützen;

15. ***unter Begrüßung*** des europäischen Verteidigungs-Aktionsplans, der finanzielle Hilfen für die Mitgliedstaaten bietet, die gemeinsame Beschaffungs- und Fähigkeitentwicklungsprojekte betreiben, sowie der EU-Richtlinie 2009/81/EG, die Waffenbeschaffungsmaßnahmen den allgemeineren EU-Regeln unterwirft, die eine offene öffentliche Beschaffung fordern;

16. ***in Anerkennung*** der Bedeutung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), die versucht, die Zusammenarbeit in den Bereichen Finanzen, Ausrüstung, Operationen und Fähigkeiten zu fördern, um einen höheren Konsolidierungsgrad der Verteidigungsindustrie zu erreichen;

17. indessen ***darüber besorgt***, dass die EU-Mitgliedstaaten Richtlinien uneinheitlich anwenden, die versuchen, die rüstungsindustrielle Zusammenarbeit auszubauen, insbesondere im Hinblick auf hochwertige und strategische Verteidigungssysteme;

18. ***zur Kenntnis nehmend***, dass über die EU hinaus viele Anstrengungen zur Förderung der Konsolidierung der Verteidigungsmärkte auf europäischer und transatlantischer Ebene unternommen werden, zum Beispiel OCCAR, die NATO-Industrieberatergruppe, die Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren (CNAD) und weitere von der NATO geförderte Initiativen.

19. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des nordatlantischen Bündnisses und insbesondere die europäischen Mitglieder dieses Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die auf dem Gipfel von Wales getroffenen Zusage für Verteidigungsinvestitionen einzuhalten und sich in Richtung des Ziels zu bewegen, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und mehr als 20 Prozent der Verteidigungshaushalte für größere militärische Ausrüstungsgegenstände einschließlich entsprechender Forschungs- und Entwicklungsprojekte vorzusehen;

b. die Verteidigungshaushalte umzustrukturieren und kostengünstige Initiativen, zum Beispiel das "Pooling and Sharing" der militärischen Fähigkeiten, die verbesserte Zusammenarbeit bei Beschaffungen und den wirtschaftlich sinnvollen Handel bei Rüstungsgütern voranzubringen;

c. unverzüglich langfristige Investitionen in die Verteidigungsfähigkeiten zu initiieren, die die nationale und kollektive Sicherheit verstärken können;

d. das Ausmaß der Fragmentierung in der Verteidigungsindustrie zu reduzieren, beispielsweise durch die Förderung von mehr grenzüberschreitendem und transatlantischem Wettbewerb, und die Effizienz der Verteidigungsausgaben auf europäischer und transatlantischer Ebene deutlich zu erhöhen;

e. den europäischen Verteidigungsmarkt zu vertiefen, gemeinsame Anforderungen zu definieren, gemeinsame technologische Lösungen zu vereinbaren und letztlich große multinationale Aufträge durchzuführen, die die Stückkosten effektiv verringern;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

f. die Fragmentierung in der Verteidigungsindustrie auf flexible Weise zu verringern, sodass die Möglichkeit für bilaterale, regionale und spontane kooperative Unternehmungen bestehen bleibt, an denen sich die NATO-Mitglieder und auch die Partnerländer beteiligen;

g. innerhalb des Rahmens der europäischen Verteidigungsstrategie jährliche strategische Prioritäten zu entwickeln, die den europäischen Zielen entsprechen und die auch transatlantische Verteidigungsfähigkeiten berücksichtigen;

h. das Vereinigte Königreich auch nach dem Brexit weiterhin in vollem Umfang in den Prozess der rüstungsindustriellen Zusammenarbeit und der Entwicklung multinationaler Programme einzubeziehen;

i. die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO zu vertiefen, um dazu beizutragen, dass die wichtigsten Akteure bei der Gestaltung der Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks im Bereich der Verteidigung und Sicherheit das gemeinsame Ziel im Auge behalten und die Einbeziehung weiterer Länder des Bündnisses gewährleisten sollen;

j. die möglichst vollumfängliche Einbeziehung von Nicht-EU-Staaten, die Mitglied des Bündnisses sind, bei all ihren Bemühungen um die Stärkung der europäischen Sicherheit und Verteidigung sowie bei den Maßnahmen zur Konsolidierung der europäischen Verteidigungsindustrie einschließlich über die Europäische Verteidigungsagentur zu gewährleisten, um die Entstehung neuer Spaltungen innerhalb Europas zu vermeiden und für Kohärenz zu sorgen.

Entschließung 441

DIE BEKÄMPFUNG DER HERAUSFORDERUNGEN AUS DEM SÜDEN*

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung*** der Notwendigkeit, die Ursachen von Vertreibung und Migrationsströmen, zum Beispiel Konflikte und Krisen auf der ganzen Welt, zu bekämpfen;

2. ***in großer Sorge*** über die fortdauernden Konflikte in Syrien und im Irak, die eine verheerende humanitäre Krise mit gravierenden Folgen für die regionale und globale Sicherheit und Stabilität ausgelöst haben;

3. ***zur Kenntnis nehmend***, dass Russlands wahllos durchgeführte Luftschläge die weitere Radikalisierung begünstigen, die humanitäre Krise verschärfen und dem Assad-Regime bei der Konsolidierung seiner Macht geholfen haben;

4. ***unter Begrüßung*** der Niederlagen von Daesh auf dem Schlachtfeld, die die Fähigkeiten der Terrororganisation einschränken, ausländische Kämpfer anzuwerben und zu rekrutieren, aber unter Betonung der Tatsache, dass die Siege auf dem Schlachtfeld über die Terrororganisation nicht das eigentliche Problem des Extremismus, der Unterentwicklung und der religiös motivierten Konflikte in Syrien, im Irak und in der gesamten Region des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA-Region) lösen werden;

5. ***unter Hervorhebung*** der Komplexität der eigentlichen Ursachen, die Konflikte und Unsicherheit an der Südflanke der NATO schüren, darunter beispielsweise akute Nahrungsmittel- und Wasserkrisen infolge von Umweltproblemen, eine übergroße Zahl an jungen Menschen und übermäßige Urbanisierung, fehlende soziale und wirtschaftliche Chancen, die Radikalisierung und alle Formen von Extremismus befördern, sowie schwache staatliche Institutionen;

6. ***besorgt darüber***, dass extremistische militante Gruppen erneut zum Vorschein kommen werden, wenn die eigentlichen Ursachen, die ihre Entwicklung befördern, nicht bekämpft werden;

7. ***zur Kenntnis nehmend***, dass die Konflikte in Syrien und im Irak auch die Stabilität in Nordafrika bedrohen, insbesondere in Libyen, Tunesien und Ägypten;

* Vom Politischen Ausschuss vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 9. Oktober 2017, in Bukarest (Rumänien) verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

8. ***unter Hervorhebung*** der Notwendigkeit eines verbesserten Lagebewusstseins in Bezug auf den Zusammenhang zwischen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Entwicklungen in Teilen Subsahara-Afrikas und der Instabilität in der MENA-Region;

9. ***äußerst besorgt*** über den Konflikt im Jemen, der eine nie dagewesene humanitäre Krise ausgelöst hat, die sich durch gravierende Nahrungsmittelknappheit und einen Cholera-Ausbruch verschärft hat;

10. ***besorgt*** über die negativen Auswirkungen der diplomatischen Krise zwischen verschiedenen Ländern des Golf-Kooperationsrates (GCC) und Katar bezüglich der Bekämpfung von Daesh, und ***mit Bedauern zur Kenntnis nehmend***, dass die Krise die praktische Zusammenarbeit mit der NATO einschränkt;

11. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. gezielten politischen Druck auf das Regime von Baschar al-Assad und seine Verbündeten auszuüben, darunter die Russische Föderation und die Islamische Republik Iran, und zielführende Verhandlungen zu führen, um eine dauerhaften Lösung für den Bürgerkrieg zu bewirken, und alle verantwortlichen Akteure im Land daran zu beteiligen;

b. die Bemühungen um die Herbeiführung einer politischen Lösung des Konflikts in Syrien entsprechend dem in Resolution 2254 (2015) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen dargelegten Fahrplan zu unterstützen;

c. die humanitäre Hilfe für die von den Konflikten in Syrien und im Irak betroffenen Menschen und die Unterstützung für die Aufnahmeländer in der unmittelbaren Nachbarschaft Syriens, die den Großteil der syrischen Flüchtlinge aufnehmen, zu verstärken;

d. die Ursachen und Triebkräfte der Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika zu bekämpfen und zu diesem Zweck die Investitionen in humanitäre Hilfe, staatliche Reformen und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region zu erhöhen;

e. den Kampf gegen Daesh im Irak und in Syrien fortzusetzen und gleichzeitig die Zusammenarbeit unter den NATO-Partnerländern zu vertiefen, insbesondere denjenigen, die Vertragsparteien der Istanbuler Kooperationsinitiative (ICI) und des Mittelmeerdialogs (MD) sind;

f. Initiativen zu unterstützen, die zur Deeskalation der diplomatischen Krise zwischen verschiedenen Golfkooperationsstatten und Katar beitragen, und die Geschlossenheit bei der Bekämpfung von Daesh wiederherzustellen;

g. eine umfassende Strategie für die Unterstützung der Stabilität in der südlichen Nachbarschaft des Bündnisses zu entwickeln, die auch die Vertiefung der Beziehungen und den Aufbau neuer Beziehungen mit weiteren internationalen Akteuren wie der Afrikanischen Union, der Liga der Arabischen Staaten und anderen evaluiert;

h. die finanzielle und technische Unterstützung für die Partner im Nahen Osten und in Nordafrika beizubehalten und - soweit erforderlich und möglich - auszubauen, um ihnen bei der Modernisierung ihrer Verteidigungseinrichtungen und Militärstreitkräfte zu helfen;

i. das Lagebewusstsein zu verbessern und die Maßnahmen und Aktivitäten an der Südflanke der NATO zu koordinieren und dabei den Dialog und Informationsaustausch zwischen dem Bündnis und den Partnerländern - insbesondere den Partnern der ICI und des MD - zu verbessern;

j. die Partnerländer des MD und der ICI aufzufordern, sich für die Förderung der interethnischen und interreligiösen Versöhnung einzusetzen und einen alle Beteiligten einbeziehenden politischen Prozess zu verfolgen;

k. die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU im Süden zum Beispiel im Bereich der maritimen Sicherheit im Mittelmeer zu verbessern und die Entwicklung von Verteidigungsfähigkeiten zu harmonisieren und zu koordinieren, um für mehr Effektivität bei der Bekämpfung hybrider Bedrohungen zu sorgen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Entschließung 442

LASTENVERTEILUNG – EINHALTUNG DER ZUSAGEN*

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung*** und ***unter Begrüßung*** der entscheidenden Rolle der NATO für Frieden und Stabilität in der euroatlantischen Region und darüber hinaus;

2. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass die NATO ein Bündnis auf der Grundlage gemeinsamer Werte ist und dass ihre Reaktion auf Bedrohungen in ihrem Bekenntnis zur Freiheit des Einzelnen sowie zu Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit begründet liegt;

3. ***in dem Bewusstsein***, dass Russlands provokante Handlungen und die Instabilität an der Südflanke der NATO gravierende Herausforderungen für die auf Regeln beruhende europäische Sicherheitsarchitektur, die Sicherheit der NATO-Mitglieder und -Partner an der Ost- und Südflanke und auch neue sicherheitspolitische Herausforderungen, darunter im Cyber-Bereich, bergen;

4. ***besorgt*** über die russischen Desinformationsaktivitäten, mit denen die Haltung der Öffentlichkeit in den NATO-Mitgliedstaaten und den Partnerländern verändert und versucht werden soll, das westliche Wertesystem in Frage zu stellen und den Zusammenhalt des Bündnisses zu untergraben;

5. ***in der festen Überzeugung***, dass die Sicherheit der NATO-Mitglieder unteilbar ist und sich alle an der Bekämpfung der gemeinsamen Herausforderungen beteiligen, ihrer Mitverantwortung im angemessenen Rahmen gerecht werden und die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen müssen;

6. ***in dem Bewusstsein***, dass das derzeitige transatlantische Lastenverteilungssystem innerhalb der NATO langfristig politisch nicht nachhaltig ist;

7. ***daran erinnernd***, dass alle NATO-Mitgliedstaaten vereinbart haben, die gesamte Bandbreite an Fähigkeiten zu entwickeln und beizubehalten, die für die Abschreckung von und den Schutz vor potenziellen Gegnern notwendig sind;

8. ***unter Begrüßung*** der auf dem Gipfel von Wales getroffenen Zusage für Verteidigungsinvestitionen und der im Zuge dessen beim Gipfel von Warschau und bei der Sondertagung in Brüssel getroffenen Entscheidungen;

9. die Fortschritte bei der Umkehr des Trends zu rückläufigen Verteidigungsausgaben in den Mitgliedstaaten **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**, aber ***feststellend***, dass viele Jahre der fehlenden Investitionen in die Verteidigung die Streitkräfte des Bündnisses geschwächt haben;

10. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass ein umfassender Ansatz, der politische, zivile und militärische Instrumente miteinander verknüpft, notwendig ist, um die sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute und morgen anzugehen, und ***in Anerkennung der Tatsache***, dass Diplomatie und nichtmilitärische Maßnahmen wie Wirtschaftshilfe in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen;

11. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass alle verteidigungspolitischen Entscheidungen national sind und die innenpolitischen Prioritäten widerspiegeln und die Unterstützung der Öffentlichkeit gewinnen müssen;

12. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise nach wie vor die öffentlichen Haushalte belasten;

13. ***zur Kenntnis nehmend***, dass es vor dem Hintergrund des schwankungsanfälligen und sich verändernden Sicherheitsumfelds von heute erforderlich ist, neue Fähigkeiten zu schaffen - und zusätzliche Mittel für ihre Entwicklung bereitzustellen. Dies gilt insbesondere für das Cyberspace, das bereits heute Bestandteil unseres Sicherheitsumfelds ist und dies künftig noch in wesentlich stärkerem Maße sein wird;

14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und die NATO **NACHDRÜCKLICH AUF**,

---

* Vom Politischen Ausschuss vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 9. Oktober 2017, in Bukarest (Rumänien) verabschiedete Entschließung.

a. das durch die jüngsten Erhöhungen bei den Verteidigungsausgaben erzeugte Momentum zu nutzen und ausreichende finanzielle Ressourcen für die Modernisierung unserer Streitkräfte bereitzustellen und dadurch die NATO in die Lage zu versetzen, auf alle Herausforderungen ungeachtet ihres Ursprungs zu reagieren und die Fähigkeit des Bündnisses zu erhalten, seine drei Kernaufgaben zu erfüllen;

b. die auf dem Gipfel von Wales getroffenen Zusage für Verteidigungsinvestitionen einzuhalten und sich in Richtung des Ziels zu bewegen, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und mehr als 20 Prozent der Verteidigungshaushalte für größere militärische Ausrüstungsgegenstände einschließlich entsprechender Forschungs- und Entwicklungsprojekte vorzusehen;

c. dafür zu sorgen, dass sich die NATO-Mitglieder gemeinsam für eine ausgewogenere Verteilung der Kosten und Zuständigkeiten bei der Erfüllung aller drei Kernaufgaben des Bündnisses - kollektive Verteidigung, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit - einsetzen;

d. dafür zu sorgen, dass Rüstungsinvestitionen für die Erfüllung neuer Prioritäten bei den Fähigkeiten und nicht für andere Zwecke vorgesehen werden (zum Beispiel die Beschäftigung), die nicht ausdrücklich verteidigungsbezogen sind und daher besser durch andere Mittel erreicht werden können;

e. die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU weiter zu stärken und zu vertiefen und dabei die Kompatibilität und Synergien zwischen den beiden institutionellen Rahmen zu verbessern;

f. die Bürgerinnen und Bürger der NATO-Mitgliedstaaten besser über die Notwendigkeit, die für die Verteidigung notwendigen Ressourcen bereitzustellen, und über die entscheidende Rolle der NATO bei der Gewährleistung unserer Sicherheit aufzuklären.

g. im Rahmen der Lastenverteilung die Bemühungen zur Erfüllung des laufenden Truppen- und Fähigkeitenanforderungen und/oder Anforderungen hinsichtlich der Mängel bei laufenden NATO-Operationen, Missionen und Rückversicherungsmaßnahmen, insbesondere der *Resolute Support Mission* (RSM) und der *Tailored Assurance Measures* (TAMT) für die Türkei deutlich auszubauen.

Entschließung 443

DEN TECHNOLOGISCHEN VORSPRUNG DER NATO BEWAHREN*

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass sich die NATO in einer neuen und dynamischen strategischen Realität wiederfindet, die durch zunehmende Ungewissheit, Instabilität und Gefahren sowie einer Mischung aus asymmetrischen und konventionellen sicherheitspolitischen Herausforderungen gekennzeichnet ist;

2. ***angesichts*** eines Zeitalters des rasanten technologischen Wandels, der durch eine sich verändernde wissenschaftliche und technologische Landschaft und neuen Technologien gekennzeichnet ist, die das globale strategische Gleichgewicht sprengen könnten;

3. ***zur Kenntnis nehmend***, dass sich modernste militärische und *dual-use*-Technologien ausbreiten und für eine immer größer werdende Zahl von Staaten und nichtstaatlichen Akteuren zugänglich sind;

4. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass der zivile Sektor in zunehmendem Maße Erfindungen und Innovationen voranbringt, die für den Verteidigungssektor relevant sind;

5. ***zur Kenntnis nehmend***, dass es für die Streitkräfte häufig schwierig ist, mit dem Innovationstempo Schritt zu halten oder Innovationen effektiv und rasch zu ihrem Vorteil zu nutzen;

6. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass die Forschung und Entwicklung (F&E) im Bereich der Verteidigung von heute entscheidend für die Wahrung der Glaubwürdigkeit und Gestaltungsfreiheit von morgen ist, aber ***besorgt*** über die Tatsache, dass der technologische Vorsprung der NATO schrumpft;

* Vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 9. Oktober 2017, in Bukarest (Rumänien) verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7. ***unter Betonung der Tatsache***, dass Forschung und Entwicklung sowie Innovationen im Bereich der Verteidigung angemessene und nachhaltige Investitionen sowie organisatorische Anpassungen erfordern;

8. ***bedauernd***, dass die F&E-Haushalte für die Verteidigung innerhalb des Bündnisses nach der Finanzkrise 2007/2008 zurückgegangen sind oder stagniert haben, die aktuellen Erhöhungen der Haushalte in vielen NATO-Mitgliedstaaten indessen ***begrüßend***;

9. ***in Würdigung*** der aktuellen F&E- und Innovationsinitiativen in vielen NATO-Mitgliedstaaten;

10. der entscheidenden Rolle des Allied Command Transformation, der Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren, der Defence Investment Division, der NATO-Industrieberatergruppe, der Organisation für Wissenschaft und Technologien und weiterer NATO-Strukturen ***große Wertschätzung entgegenbringend***;

11. die erneuten Bemühungen der NATO ***unterstützend***, unter der Federführung der Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren Innovationen innerhalb des Bündnisses und unter den NATO-Mitgliedern zu fördern und zu erleichtern;

12. ***unter Begrüßung*** der Bemühungen der Europäischen Union zur Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds, der eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau des europäischen Pfeilers der NATO - insbesondere im Bereich der Forschung und Entwicklung für Verteidigungszwecke - spielen und zu einer gerechteren Verteilung der Lasten innerhalb des Bündnisses führen könnte;

13. ***unter Betonung der Tatsache***, dass die europäischen Verteidigungsanstrengungen - auch im Bereich F&E - nicht mit den Anstrengungen der NATO konkurrieren oder zu Doppelarbeit führen dürfen;

14. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass eine unzureichende Informationsweitergabe und Koordinierung im Bereich der Forschung und Entwicklung für Verteidigungszwecke und Innovationsinitiativen zu ineffizienten Strukturen, einander widerstreitenden Initiativen, weiteren technologischen Lücken und Interoperabilitätsproblemen innerhalb des Bündnisses und unter den NATO-Mitgliedern führen könnten;

15. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die auf dem Gipfel von Wales getroffenen Zusage für Verteidigungsinvestitionen einzuhalten und sich in Richtung des Ziels zu bewegen, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und mehr als 20 Prozent der Verteidigungshaushalte für größere militärische Ausrüstungsgegenstände einschließlich entsprechender Forschungs- und Entwicklungsprojekte vorzusehen;

b. Forschung und Entwicklung sowie Innovationen an die aktuelle und künftige strategischen und technologischen Realitäten anzupassen;

c. innerhalb des Bündnisses, unter den NATO-Mitgliedern und mit der Parlamentarischen Versammlung der NATO mehr Informationen über F&E- und Innovationsinitiativen im Bereich der Verteidigung auszutauschen;

d. die Koordinierung der F&E- und Innovationsinitiativen innerhalb des Bündnisses und unter den NATO-Mitgliedern zu verbessern;

e. weitere konkrete Schritte zur Förderung von Innovationen im Bereich der Verteidigung innerhalb der NATO zu unternehmen;

16. **FORDERT** die Europäische Union **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. sich in Richtung einer raschen Annahme und Umsetzung eines ambitionierten Europäischen Verteidigungsfonds zu bewegen;

b. sich regelmäßig mit der NATO über die Frage auszutauschen, inwieweit der Europäische Verteidigungsfonds die Anstrengungen der NATO ergänzt, aber nicht mit diesen konkurriert oder Doppelarbeit verursacht, und sich mit der NATO regelmäßig darüber abzustimmen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.